

Im Oktober 1944 kamen wir mit 500 Häftlingen vom Lager Neuengamme nach dem Aussenlager Kaltenkirchen. Lagerführer war SS-Hauptsturmführer F r e i e r, früher Hauptmann der Wehrmacht. Freier behandelte alle Häftlinge, gleich welcher Nationalität, menschlich. Unter

Neuengamme
Wehrmacht
sturmführer
im Lager
linge
schaffte
de Arbeit
rungen
sätze
550 ar
S c h
Ende
Leben
derte
Nachg
hierf
Neueng
Stamm
lich
Sturm
und
tertr
exist
bei d
ging

Der
Sonnt
wir
tausch
schaffte
herunter
mie
Woche
Arbeit
einem
nicht
dem
die
lungen
sonde
U l
teill
Jakob
führer
Rotte
Berge
nicht

Überall - nur nicht hier?

Beispielhafte NS-Gewaltverbrechen in
Schleswig-Holstein, der Umgang mit
diesen nach 1945 und die Bedeutung des
Gedenktags 27. Januar

diesem in dauerndem Streit und wurde so auf Seiten der Häftlinge gedrängt. Durch die Hilfe von Lange war es mir möglich, Bekleidung und Schuhe für das Lager aus dem Stammlager Neuengamme zu erhalten, damit wir wenigstens das Notwendigste für den Winter hatten.

EINFÜHRUNG

Dieses Arbeitsmaterial beschäftigt sich anhand vielfältiger Quellen und Darstellungen mit nationalsozialistischen Gewaltverbrechen in Schleswig-Holstein. Zudem werden Praktiken des politisch-gesellschaftlichen Umgangs mit der Geschichte des KZ-Außenlagers Kaltenkirchen nach 1945 in den Blick genommen und mit der „nachholenden“ Erinnerungskultur in Schleswig-Holstein kontextualisiert. Auf dieser Grundlage werden abschließend die politische und gesellschaftliche Relevanz des Gedenkens und Erinnerns und die Bedeutung des Gedenktags 27. Januar diskutiert und bewertet.

Dimensionen von NS-Gewaltverbrechen in Schleswig-Holstein und der Umgang mit diesen nach 1945 werden beispielhaft anhand der Geschichte des KZ-Außenlagers Kaltenkirchen und der Entwicklung der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen thematisiert und dargestellt. Dies soll den Blick auf eine inzwischen vielfältige Erinnerungslandschaft in Schleswig-Holstein mit einer Vielzahl von KZ-Gedenkstätten und NS-Erinnerungsorten keinesfalls verstellen.¹

¹ Vgl. <https://gedenkstaetten-sh.de/gedenkstaetten>.



KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen.

Foto 2024 Henrik Matzen

INHALT

1. Kontextualisierende Vorbemerkungen	4
2. Materialien für eine Doppelstundensequenz	5
3. Arbeitsmaterialien zu NS-Gewaltverbrechen in Schleswig-Holstein, deren Nachgeschichte und zu erinnerungskulturellen Praktiken mit Blick auf den Gedenktag 27. Januar	13
Wer war im KZ-Außenlager Kaltenkirchen inhaftiert?	13
Was ist/macht ein Mensch ohne Menschenrechte?	16
Welche Bedeutung hat eine Rechnung der AKN?	17
Wer sorgt für das Gedenken nach 1945?	18
Und die Täter?	23
Der 27. Januar – seit 1996 ein bundesweit begangener staatlicher Gedenktag ohne Widersprüche?	27
Der 27. Januar als Gedenktag – geht mich das was an?	29
4. Erläuterungen zu den Arbeitsmaterialien und Aufgabenvorschlägen	31

1. KONTEXTUALISIERENDE VORBEMERKUNGEN

Am 27. Januar 1945 erreichten Soldaten der Roten Armee das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau in Polen. Dort hatten die Deutschen hunderttausende Menschen eingesperrt, vor allem Jüdinnen und Juden, aber auch politische Gegner, Sinti und Roma, Homosexuelle und viele andere, die im Sinne der NS-Ideologie entrechtet, verfolgt und getötet wurden. Allein in Auschwitz wurden mehr als eine Million Menschen ermordet. Die Soldaten fanden nur noch wenige Überlebende vor, die meisten waren zuvor von der SS auf sogenannte Todesmärsche gezwungen worden. Auschwitz wurde zum Symbol für den Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden.

1996 erklärte der damalige Bundespräsident Roman Herzog den 27. Januar in Deutschland zum offiziellen Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus. Seitdem gibt es jedes Jahr eine Gedenkstunde im Deutschen Bundestag, aber auch Landes- und Kommunalparlamente, viele Schulen, Vereine und Städte erinnern an diesem Tag an die Verbrechen. Die Vereinten Nationen (UN) machten 2005 den 27. Januar außerdem zum internationalen Holocaust-Gedenktag. So wird dieser Tag heute weltweit begangen – mit Reden, Ausstellungen, Bildungsformaten, Filmen oder Schweigeminuten.

Konzentrationslager und NS-Gewaltverbrechen in Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein gab es viele Orte, an denen die NS-Diktatur Verbrechen verübte. Hierunter fallen frühe, sogenannte „wilde“ Konzentrationslager, Orte der Zwangsarbeit, Orte der Verfolgung und Deportation sowie mehrere kleinere Außenlager, die dem Konzentrationslager Neuengamme bei Hamburg unterstellt waren. Zu diesen gehörten zum Beispiel Ladelund, Husum-Schwesing und Kaltenkirchen.¹ Die Schicksale von Inhaftierten in schleswig-holsteinischen Konzentrationslagern lassen sich beispielhaft mithilfe von Quellen und Aufgabenvorschlägen zu dem ehemaligen KZ-Außenlager Kaltenkirchen untersuchen: Im Sommer 1944 wurden mehr als 500 Häftlinge aus dem KZ Neuengamme dorthin deportiert, um Zwangsarbeit bei der

Verlängerung einer Start- und Landebahn am nahegelegenen Militärflugplatz zu leisten. Die Arbeits- und Lebensbedingungen waren mehr als menschenunwürdig: Hunger, Gewalt, katastrophale hygienische Zustände, harte Arbeit und Kälte führten dazu, dass mindestens 190 Menschen getötet wurden. Heute erinnert die erst nach vielfältigen politischen und gesellschaftlichen Kämpfen im Jahr 2000 eingerichtete KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen an ihr Leiden und vermittelt die Geschichte des historischen Ortes.² Gedenkstätten an ehemaligen NS-Tatorten bestehen zum Teil erst seit ca. 25 Jahren, eine nennenswerte finanziellen Förderung durch das Land sowie durch Städte und Kommunen setzte erst in den letzten fünfzehn Jahren ein. In Schleswig-Holstein kann daher von einer „verspäteten“ und „nachholenden“ erinnerungskulturellen Entwicklung gesprochen werden.

Zum Einsatz der Materialien

Grundsätzlich eignen sich die Aufgaben und Materialien für die Vor- und Nachbereitung eines Besuchs von KZ-Gedenkstätten und NS-Erinnerungsorten – etwa der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen – und für eine vertiefende Beschäftigung im regulären Unterricht. Für eine Vertiefung der Thematik eignet sich zudem eine differenzierte und reflektierte Auseinandersetzung mit dem 27. Januar als Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus. Die Aufgaben und Materialien eröffnen unterschiedliche Zugänge zu historischen Quellen und Erinnerungsperspektiven und ermöglichen damit eine fundierte Auseinandersetzung mit beispielhafter regionaler NS-Geschichte. Wenn nur wenig Vor- bzw. Nachbereitungszeit für einen Besuch bzw. generell wenig Unterrichtszeit zur Verfügung steht, lässt sich insbesondere eine Abwandlung des **Aufgabenvorschlags 2** für eine kompakte Doppelstunde nutzen.

¹ Vgl. auch hierfür <https://gedenkstaetten-sh.de/gedenkstaetten>.

² Weitere Infos zur KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen: <https://kz-gedenkstaette-kaltenkirchen.de/>

2. MATERIALIEN FÜR EINE DOPPELSTUNDENSEQUENZ

Die Kurzbiografie Werner Ecksteins eröffnet einen prägnanten Zugang zu politischer und rassistischer sowie antisemitischer Verfolgung im Nationalsozialismus. Da die Darstellung der Biografie von diversen Archivmaterialien flankiert wird, stellt sie einen quellennahen und zugleich gut strukturierbaren Zugang zu einem individuellen Schicksal dar, das in Teilen exemplarisch für zahlreiche NS-Verfolgte steht. Als Einstieg ermöglicht ein kurzer Blick auf eine der abgebildeten Aktennotizen – etwa die Einstufung Ecksteins als „staatsfeindlich“ oder die Ausbürgerungsanzeige von 1940 – ein erstes Gespräch darüber, wie der NS-Staat grundlegende Rechte entzog und Menschen systematisch ausgrenzte. Dieses Gespräch kann helfen, zentrale Fragen für den weiteren Unterrichtsfortgang zu sammeln: Welche Freiheiten und Rechte wurden Werner Eckstein genommen? Welche Lebensentscheidungen wurden ihm dadurch unmöglich? Und welche Spuren dieser Verfolgung zeigen sich noch nach 1945?

Alternativ können die Aussagen von Margot Friedländer (M11) als Einstieg in die Unterrichtssequenz genutzt werden, um darauf aufmerksam zu machen, dass „Auschwitz“ überall war, auch hier vor Ort in der Region. Zu berücksichtigen ist dabei jedoch, dass eine alleinige Beschäftigung mit Frau Friedländer und Auschwitz ggf. sehr früh sehr viel Raum einnehmen könnte, was zulasten der regionalgeschichtlichen und exemplarischen Betrachtung führen könnte.

Im Anschluss können die Materialien zu Werner Eckstein eingesetzt werden, um seinen Lebensweg, die verschiedenen Rechtsverletzungen und deren langfristige Folgen herauszuarbeiten. Die Materialien bieten Anknüpfungspunkte für eine biographische Rekonstruktion, für die Analyse nationalsozialistischer Verfolgungsmechanismen sowie für die Auseinandersetzung mit der schwierigen Rückkehr nach Deutschland und die Entschädigungspraxis nach Kriegsende.

Ein sinnvoller Abschluss der Unterrichtssequenz besteht darin, Ecksteins Erfahrungen mit ausgewählten Artikeln der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 in Beziehung zu setzen. So lässt sich aufzeigen, inwiefern grundlegende Rechte – etwa

Gleichheit, Schutz vor Willkür, Recht auf Staatsangehörigkeit oder das Recht auf ein sicheres Leben – als Antwort auf die Entrechtung und Gewalt des NS-Regimes in der Erklärung formuliert wurden. Eine abschließende Reflexion darüber, was Schülerinnen und Schüler selbst für ein gutes und sicheres Leben benötigen, kann den Transfer zur Gegenwart herstellen und die Bedeutung von Menschenrechten im eigenen Lebenskontext verdeutlichen.

Kurzbiografie Werner Eckstein

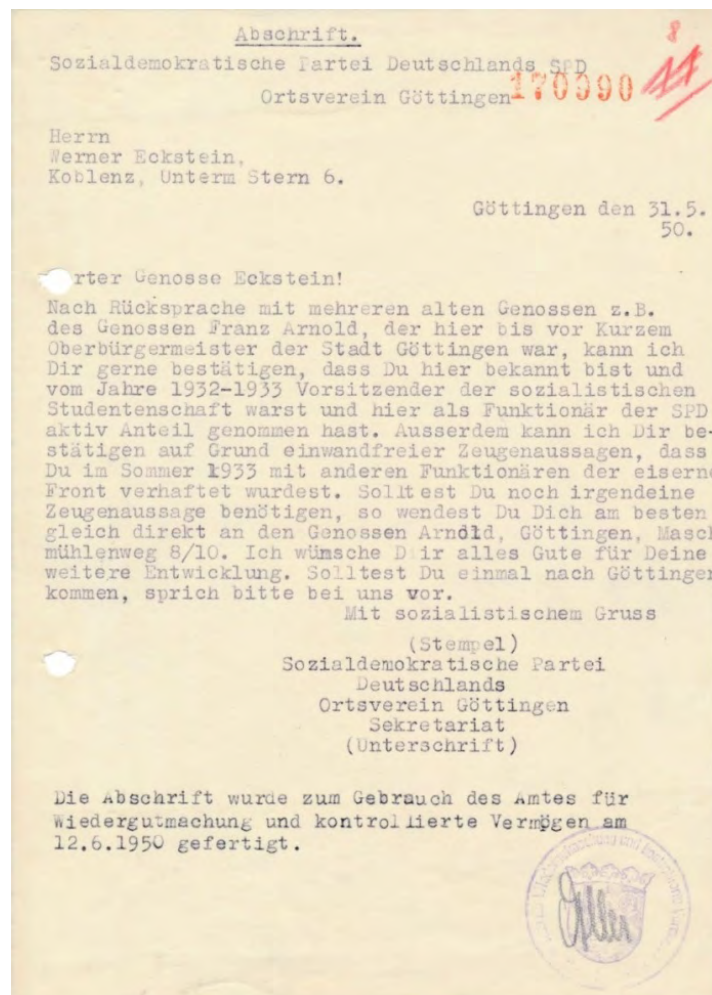
Ausgrenzung, Auswanderung und Ausbürgerung

Werner Eckstein wurde am 8. September 1909 in Düsseldorf geboren. Seine Eltern, Ludwig Walter Eckstein und Friederike Johanna, waren evangelisch. 1927 starb seine Mutter.

Ab 1930 studierte er Jura (Rechtswissenschaft) in Berlin, später ab 1932 in Göttingen. Im November 1933 wurde er dort aus politischen Gründen exmatrikuliert. Er war Mitglied der SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) und Vorsitzender der sozialistischen Studentenschaft (linke, politisch aktive Studierendengruppe). Im gleichen Jahr wurde er kurzzeitig in sogenannte „Schutzhaft“ genommen (Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren; diente der Ausschaltung politischer Gegner). Nach dem Studienverbot arbeitete er ab 1934 im Betrieb seines Vaters. Nach dessen Tod 1935 musste er beruflich neu beginnen und wurde Vertreter für Laborgeräte.

1950 bescheinigte die SPD in Göttingen, dass Werner Eckstein aufgrund seiner Tätigkeit als Sozialdemokrat verfolgt worden sei

Quelle: Entschädigungsakte Werner Eckstein, Landesarchiv Rheinland-Pfalz, AZ 170990, Bl.8



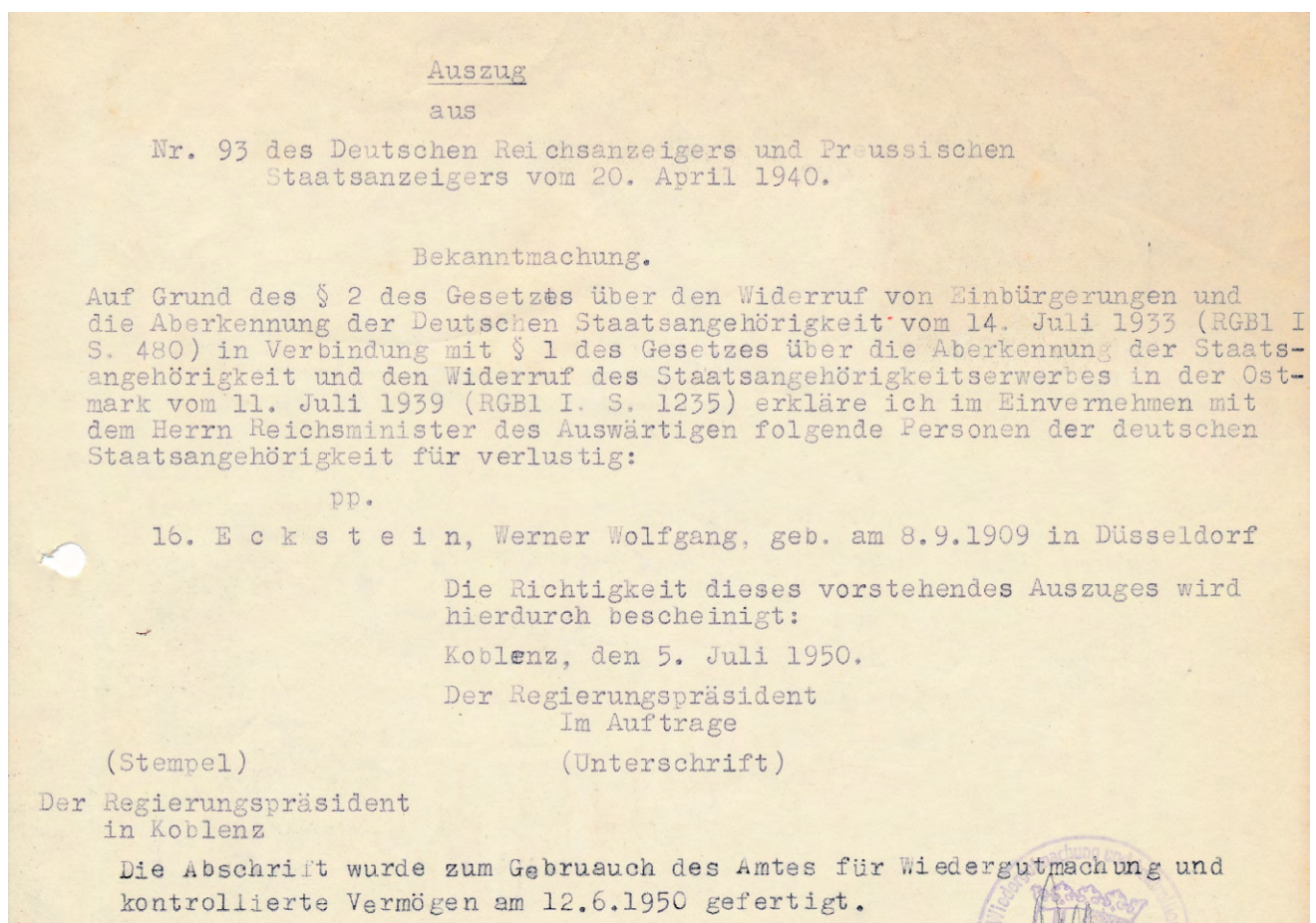
Die Einführung der Nürnberger Gesetze (Gesetze, die jüdische Menschen und sogenannte „Mischlinge“ (NS-Begriff für Personen mit jüdischen Großeltern) umfassend rechtlich benachteiligten) im September 1935 verschlechterte seine berufliche und soziale Situation erheblich. Die Großeltern väterlicherseits waren Juden, sodass er nach nationalsozialistischer Definition als „Mischling ersten Grades“ (NS-Begriff für Personen mit einem oder zwei jüdischen Großeltern) galt. Eckstein berichtete später von wachsenden Einschränkungen und Ablehnung durch Arbeitgeber und Kunden. Auch seine geplante Eheschließung war aufgrund der gesetzlichen Vorgaben nicht mehr möglich.

Im Dezember 1935 emigrierte er über Zürich in das damalige jugoslawische Laibach/Ljubljana. Dort lebte er zunächst von Sprachunterricht und Übersetzungen, später arbeitete er als Chauffeur und wurde Teilhaber einer Metallwerkstatt. 1938 folgte ihm seine Partnerin Veronika, die er am 4. Dezember des Jahres heiratete. Am 20. April 1940 wurde er aus Deutschland ausgebürgert (Entzug der Staatsangehörigkeit).

Als deutsche Truppen im Herbst 1943 die bisher italienisch besetzte Region übernahmen, musste Eckstein untertauchen, da er als politisch und rassistisch verfolgte Person gefährdet war.

Auszug aus dem „Reichsanzeiger“ vom 20. April 1940, indem Eckstein seine deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt wird. Der Auszug wurde 1950 im Rahmen von Werner Ecksteins Entschädigungsverfahren erstellt.

Quelle: Entschädigungsakte Werner Eckstein, Landesarchiv Rheinland-Pfalz, AZ 170990



Acht Monate Konzentrationslagerhaft

Am 29. August 1944 wurde er bei einer von Gestapo und SD (Sicherheitsdienst der SS) durchgeführten Razzia in Laibach/Ljubljana festgenommen und über das örtliche Polizeigefängnis sowie die Gestapohaftanstalt Veldes in das KZ Dachau deportiert. Dort erhielt er die Häftlingsnummer 107980. In der Effekten-Tüte (Beutel mit den Gegenständen, die der Häftling bei seiner Festnahme bei sich hatte) befand sich ein Ring mit dem Namen seiner Ehefrau.

In KZ-Unterlagen wurde Eckstein später als „Häftling aus Jugoslawien“ geführt und erhielt den vorgeschriebenen Winkel mit dem Kürzel „Ju“. Diese Einstufung ergab sich daraus, dass Werner Eckstein seine deutsche und jüdische Herkunft bei seiner Festnahme vor der Gestapo und dem SD verbergen konnte und von diesen folglich als jugoslawischer Häftling geführt wurde.

Karteikarte der Gestapo.
Die Gestapo vermerkte als „politische Einstellung“ „Staatsfeindlich“. Da Eckstein nach der rassistischen Ideologie der Nationalsozialisten ein sogenannter „Mischling ersten Grades“ war, führte die Gestapo ein „Ausbürgerungsverfahren“ gegen ihn durch

Quelle: Arolsen Archives,
1.2.3.3- 12443624

KOBLENZ	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20				
	Name: (bei Frauen auch Geburtsname)										II		Wohnung: (Zeit der Eintragung eintragen)					Personalakte:						
	Eckstein												3.4.41: Laibach (Jugoslawien)					16. Mai 1941						
	Vorname: Werner Wolfgang																							
	Geburtsort u. -ort: 8.9.1909 in Düsseldorf																							
	Beruf: Student ?																							
	Familienstand: Verheiratet																							
	Staatsangehörigkeit: D.R.																							
	Dach- Name: , Adresse: ,																							
	Politische Einstellung: Staatsfeindlich										Glaubensbekenntnis:													
Datum der Auftragung: 3.4.41										Sachverhalt										Staatspolizeistelle Gefängniszeichen				
										E. ist Mischling I Grades. Die Staatpolizeistelle Berlin führt ein Ausbürgerungsverfahren durch.										II B 3-152/41				
																				G. St. Nr. 14				

Am 22. Oktober 1944 wurde er mit einem Transport von 2000 Häftlingen in das KZ Neuengamme überstellt. Nach einer Woche kam er zur Zwangsarbeit in das Außenlager Ladelund, das besonders belastende Lebens- und Arbeitsbedingungen aufwies. Ein erhaltenes Dokument des Schutzhaftlagerführers des Konzentrationslagers Neuengamme weist darauf hin, dass er im Lager Briefe empfangen konnte.

Am 21. Dezember 1944 wurde er zurück nach Neuengamme transportiert. Knapp drei Monate später, am 13. März 1945, wurde er in das KZ-Außenlager Kaltenkirchen verlegt. Dort wurde er nach Aussagen von Mitgefangenen als „Kapo“ eingesetzt (Häftlingsvorarbeiter, der Arbeitsgruppen anleitete). Er war vermutlich zu Bauarbeiten im Bereich des nahegelegenen Flugplatzgeländes gezwungen.

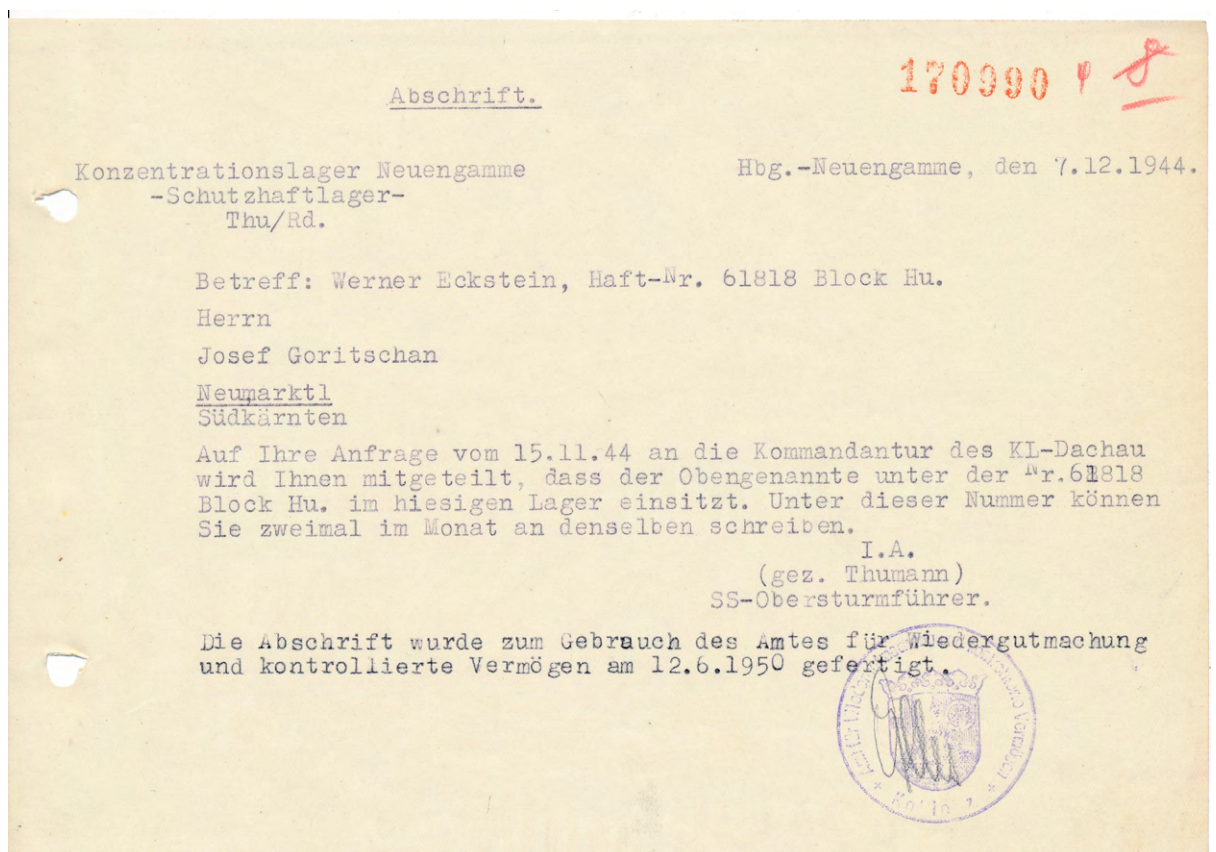
Zeugenaussagen sprechen davon, dass er in seiner Funktion als „Kapo“ einen korrekten Umgang mit anderen Häftlingen pflegte.

Er verschwieg seine jüdische und deutsche Herkunft gegenüber der SS und legte sie vermutlich auch gegenüber seinen Mithäftlingen nicht offen.

Vielmehr erklärte er seine Verfolgung mit angeblicher Tätigkeit für den jugoslawischen Widerstand. Diese Tarnung erhöhte seine Überlebenschancen erheblich, eine Aufdeckung seiner Herkunft wäre einem Todesurteil gleich gekommen.

Bis zum 16. April 1945 blieb er im Außenlager Kaltenkirchen. Danach wurde er mit allen dortigen Häftlingen in das Auffanglager Wöbbelin gebracht.

Am 5. Mai 1945 wurde ein Räumungstransport von Wöbbelin nach Schwerin durch US-amerikanische Truppen befreit. Unter den Befreiten war auch Werner Eckstein.



**Abschrift einer Auskunft des KZ Neuengamme.
Die Angabe „Block Hu“ bedeutet, dass er in dem
vom KZ-Außenlager Husum aus verwalteten
KZ-Außenlager Ladelund inhaftiert war.
Aus der abgebildeten Auskunft des Neuengam-
mer Schutzhaftlagerführers Thumann geht her-
vor, dass Werner Eckstein auch während seiner
Haft im KZ noch Kontakte zur Außenwelt hatte.**

Quelle: Entschädigungsakte Werner Eckstein, Landesarchiv Rhein-
land-Pfalz, AZ 170990, Bl.4.

Zeit nach 1945

Nach seiner Befreiung kehrte er nach Jugoslawien zu seiner Ehefrau zurück. Beide lebten weiterhin unter bescheidenen Bedingungen; Eckstein arbeitete als Briefmarkenhändler. Über Jahre versuchten sie, nach Deutschland zurückzukehren. 1950 gelang dies, und sie kamen als Flüchtlinge nach Koblenz. Dort unterstützte Veronikas Familie sie finanziell. Eckstein plante, sein Jura-studium wieder aufzunehmen. 1951 wurde er als „Opfer des Faschismus“ anerkannt. Für seine achtmonatige KZ-Haft erhielt er eine Entschädigung von 1.200 DM.

Werner Eckstein arbeitete ab 1951 im Landesversorgungsamt Rheinland-Pfalz, ab 1954 als Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Mainzer Landtag und wurde später in den Landesvorstand der Partei gewählt. 1959 zog er nach Weierbach, wo er das Amt des Amtsbürgermeisters übernahm.

Am 5. September 1961 starb Werner Eckstein mit 51 Jahren. Seine Ehe blieb kinderlos; seine Todesanzeige wurde ausschließlich von seiner Frau unterzeichnet.



Foto: KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen

Werner Eckstein

Koblenz, den 31. Mai 1950
Unterm Stern 6.

170990

2
10

An die Betreuungsstelle der Opfer des Faschismus
Amt für Wiedergutmachung

Koblenz.

Unterscriebener Werner E c k s t e i n , geb. am 8.9.09. in Düsseldorf, wohnhaft in Koblenz, Unterm Stern 6 betreibe hiermit, nachdem ich als ehemaliger Flüchtling nach Deutschland zurückgekehrt bin und mir mit Entscheid vom 15.5.50. Koblenz als Wohnort zugewiesen ist, meine Anerkennung als politisch und rassisch Verfolgter, vorbehaltlich Haftentschädigungs- und Wiedergutmachungsansprüche.

Ich melde mein Begehren hiermit erstmalig schriftlich an, nachdem ich infolge meiner späten Rückkehr aus der Emigration vorher keine Gelegenheit dazu gehabt habe, und behaupte mit der Verpflichtung nachträglicher genauer Beweisführung folgende Tatsachen:

- 1.) Ich bin am 8. September 1909 in Düsseldorf geboren und entstamme einer sog. Mischehe. Nach nationalsozialistischer Terminologie bin ich Mischling ersten Grades.
- 2.) Nach meinem Schulbesuch studierte ich in Berlin und seit 1932 in Göttingen Jura und Volkswirtschaft. Ich war Mitglied der SPD und Vorsitzender der Sozialistischen Studentenschaft in Göttingen und war deswegen im Sommer 1933 in Göttingen kurze Zeit in Schutzhaft genommen. Wegen meiner politischen Betätigung wurde ich mit Bescheid vom 8.12.1933 vom Universitätsstudium auf Grund des Entscheides UI Nr. 22525 des Kultusministeriums ausgeschlossen.
- 3.) Wegen meiner doppelten politischen und rassischen Belastung sowie meines nicht abgeschlossenen Studiums konnte ich im nationalsozialistischen Deutschland nicht zu einer Existenz kommen. Ausserdem war ich mit einer Arierin verlobt, mit der ich aber auf Grund der bereits 1934 erlassenen nürnberger Gesetze keine Ehe als Mischling I. Grades schliessen konnte. Diese Tatsachen zwangen mich 1935 zu emigrieren. Ich emigrierte nach Jugoslawien, wo ich mich in der Stadt Ljubljana niederliess, und wohin mir meine Verlobte 1938 folgte und wo wir in Umgehung der nürnberger Gesetze heirateten.
- 4.) Die Stadt Ljubljana in Jugoslawien wurde bei Kriegsausbruch mit Jugoslawien (6. April 1941) von den Italienern besetzt, welche die wenigen dort lebenden deutschen Emigranten unter polizeiliche Sonderbestimmungen stellten, ihnen jedoch unter Verbot jeglicher Berufsausübung den Aufenthalt gestatteten.
- 5.) Mit der Kapitulation Italiens im September 1943 übernahmen die Deutschen die Verwaltung des Teiles Jugoslawiens, der bis dahin von den Italienern besetzt worden war. Von der Zeit an musste ich in Ljubljana illegal leben.

**Werner Eckstein, Antrag auf
Anerkennung als Opfer des
Faschismus, 31. Mai 1950**

Quelle: Entschädigungsakte Werner
Eckstein,
Landesarchiv Rheinland-Pfalz, AZ 170990,
Bl. 1-2

170990

9

- 6.) Im Hochsommer 1944 wurde ich bei einer grossen Razzia in Ljubljana von der Gestapo verhaftet und kurz darauf in das Konzentrationslager Dachau eingeliefert, wo ich die Häftlingsnummer 107 980 bekam.
- 7.) Nach ca. 6 Wochen wurde ich von Dachau in das KZ Hamburg-Neuengamme überstellt, wo ich die Häftlingsnummer 61 818 hatte.
- 8.) Von Hamburg-Neuengamme wurde ich in verschiedenen Aussenkommandos beschäftigt, der Reihe nach:
Ladelund in Nordschleswig
Hamburg Neuengamme
Kaltenkirchen in Holstein
Wöbbelin bei Ludwigslust.
- 9.) Bei der Evakuierung des KZ Wöbbelin in Richtung Schwerin wurde ich am 4. Mai 1945 von US amerikanischen Streitkräften befreit, die aber dieses Gebiet damals sofort den Russen überliessen und mich nach Lüneburg dirigierten.
- 10.) Weil ich um das Schicksal meiner Frau besorgt war, mit der ich monatelang ohne Verbindung war, und auch weil ich keine Angehörigen in Deutschland hatte, hatte ich das Bestreben an meinen letzten Wohnort, das war Ljubljana in Jugoslawien zurückzukehren, was mir nach grossen Schwierigkeiten im August 1945 gelang, und wo ich auch meine Frau wiederfand.
- 11.) Seit 1946 habe ich mich sowohl bei den alliierten, als auch bei den jugoslawischen Behörden um meine Rückkehr nach Deutschland bemüht, jedoch erst nach Überwindung unglaublicher Schwierigkeiten im April 1950 die Erlaubnis dazu bekommen.
- 12.) Koblenz wurde mir als Wohnort zugeteilt, weil ich keinerlei Angehörige in Deutschland mehr habe, dagegen meine Frau geborene Koblenzerin ist und ihre Mutter noch in Koblenz in der alten Wohnung lebt. Seit dem 15. Mai 1950 habe ich also wieder meinen ständigen Wohnsitz in Deutschland und zwar in Koblenz, Unterm Stern 6.

Ich füge vorstehendem formlosen Antrag noch die ausgefüllten Formulare bei, und bitte um Nachprüfung meiner Behauptungen. Ich bin bereit vor einem zuständigen Ausschuss zu erscheinen und meine Behauptungen dokumentarisch zu beweisen.

Hochachtungsvoll!

Werner Eckstein

**Werner Eckstein, Antrag auf
Anerkennung als Opfer des
Faschismus, 31. Mai 1950**

Quelle: Entschädigungsakte Werner
Eckstein,
Landesarchiv Rheinland-Pfalz, AZ 170990,
Bl. 1-2

3. Arbeitsmaterialien zu NS-Gewaltverbrechen in Schleswig-Holstein, deren Nachgeschichte und zu erinnerungskulturellen Praktiken mit Blick auf den Gedenktag 27. Januar

Aufgabenvorschlag ①:

Wer war im KZ-Außenlager Kaltenkirchen inhaftiert?

Beschreibe anhand der Kurzbiographien (M1a-f) von Gefangenen des KZ-Außenlagers deren Herkunft, den jeweiligen Inhaftierungsgrund und deren Leben nach der KZ-Haft – wenn sie diese überlebt haben. Achte dabei auch auf das Alter der in Kaltenkirchen internierten Menschen.

M1a Henri Canard (1923 – 1945)

Henri Canard wurde am 20. Dezember 1923 im nordfranzösischen Département Somme geboren. Nach dem Tod der Mutter kam er mit anderthalb Jahren ins Waisenhaus, später wuchs er in einer Pflegefamilie auf.

- Als 20-Jähriger heiratete er und gründete eine Familie. Seine kleine Tochter
5 bekam ihren Vater allerdings nie zu Gesicht. Denn noch vor ihrer Geburt wurde Henri Canard am 21. Juni 1944 gemeinsam mit anderen französischen Widerstandskämpfern verhaftet. Die deutschen Besatzer deportierten ihn in das KZ Neuengamme, und im Winter 1944/45 folgte seine Überstellung nach Kaltenkirchen. Hier starb Henri Canard am 9. März 1945 im Alter von 21 Jahren.
10 Canards Leiche wurde in Moorkaten zunächst unwürdig verscharrt. 1951 wurden seine sterblichen Überreste geborgen, nach Frankreich überführt und beigesetzt. Seine Tochter besuchte 2006 die KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen und das Gräberfeld Moorkaten. Sie sprach mit Blick auf das kurze Leben ihres Vaters von „traces d’une vie éphémère“: den Spuren eines vergänglichen
15 Lebens.



Foto: KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen

M1b Arie Roders (1913 – 1945)

Arie Roders wurde am 2. September 1913 in Amsterdam geboren. Er war verheiratet und arbeitete beim Einwohnerregister seiner Heimatstadt. Bis zum Überfall der deutschen Wehrmacht 1940 konnte Roders ein geordnetes Leben führen und seinen Hobbies nachgehen: dem Fußball und der Zucht von
5 Kanarienvögeln.

- Nach der Besetzung der Niederlande versuchte Roders, verfolgten Mitbürgern zu helfen. Im Mai 1943 wurde er verhaftet und nach Deutschland verschleppt. Seine Familie hat danach nie wieder etwas von ihm gehört. Fast 60 Jahre nach seiner Verhaftung fand ein Neffe heraus, dass er im KZ Neuengamme und im
10 Außenlager Kaltenkirchen inhaftiert war. Einige Familienmitglieder nahmen Kontakt zur KZ-Gedenkstätte auf und besuchten sie. Sie erfuhren, dass Arie Roders am 2. Januar 1945 im Lager Kaltenkirchen gestorben war. Er wurde 31 Jahre alt.



Foto: KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen

M1c Paul Krattinger (1921–2019)

Paul Krattinger wurde am 10. Juli 1921 geboren. Im Örtchen Orgelet im französischen Jura-Gebirge arbeitete er in der Käserei seines Vaters. Im Juli 1944 wurde er mit anderen jungen Männern bei einer Razzia der deutschen Besatzer festgenommen und deportiert.

- 5 Krattinger kam ins KZ Neuengamme und musste Zwangsarbeit in den Außenlagern Salzgitter-Watenstedt, Hamburg-Fuhlsbüttel und Kaltenkirchen leisten. Als er nicht mehr arbeitsfähig war, wurde er zurück nach Neuengamme und später in das KZ Ravensbrück transportiert. Bei seiner Befreiung am 30. April 1945 war er stark unterernährt.
- 10 Krattinger kehrte nach Frankreich zurück und übernahm den väterlichen Betrieb. Später besuchte Krattinger die Orte seiner KZ-Haft, auch Kaltenkirchen. Er stellte sich als Zeitzeuge zur Verfügung und gab der KZ-Gedenkstätte ein Interview. Paul Krattinger starb am 26. Oktober 2019 in Champagnole. Er wurde 98 Jahre alt.



Foto: KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen. Das Foto, das nach dem Krieg entstand, zeigt ihn mit seinem Sohn Jean-Paul.

M1d Nikolaj Petrowskij (geb. 1923)

Es gibt nur zwei Hinweise auf das Leiden von Nikolaj Petrowskij. Der erste stammt von der SS im KZ Neuengamme. Sie raubte ihm wie allen Häftlingen die persönlichen Wertgegenstände, darunter seine Armbanduhr mit dunklem Lederarmband.

- 5 Nikolaj Petrowskij wurde am 23. Mai 1923 geboren. Woher er genau stammte, wann er verhaftet wurde, welchen Beruf er ausübte oder ob er Familie hatte – all das ist nicht bekannt. Sein Name legt nahe, dass er aus Osteuropa, möglicherweise aus der damaligen Sowjetunion kam.
- Der zweite Hinweis auf Nikolaj Petrowskij findet sich im geheimen „Lagerschreiberbuch“ des KZ-Außenlagers Kaltenkirchen: Zur Jahreswende 1944/45 wurde er dort als Häftling registriert. Er war 21 Jahre alt. Ob er die KZ-Haft überlebt hat, ist bis heute unbekannt.
- 10



Foto: Arolsen Archives, DocID: 108012153

M1e Johannes Wehres (1912 – 1974)

Als 20-Jähriger trat Johannes Wehres 1932 in Düsseldorf der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) bei. Ihre Mitglieder zählten ab 1933 zu den politisch Verfolgten der NS-Diktatur. Auch Wehres wurde eingesperrt, nach zwischenzeitlicher Freilassung bei Kriegsbeginn 1939 erneut verhaftet und
5 später in das KZ Neuengamme verschleppt.

Die SS bestimmte Wehres zum „Funktionshäftling“, im Außenlager Kaltenkirchen war er der „Lagerälteste“. Die SS übertrug ihm die Organisation des Häftlingslagers. Wie er sich als Funktionshäftling verhielt, dazu machten seine ehemaligen Mithäftlinge nach Kriegsende unterschiedliche Angaben.

- 10 Nach seiner Befreiung im Außenlager Wöbbelin gab Wehres zweimal Auskunft über die Geschehnisse in Kaltenkirchen. Er selbst war von seiner insgesamt über fünfjährigen KZ-Haft schwer gezeichnet. Er litt unter den Folgen von Folter und Tuberkulose. Johannes Wehres starb am 4. April 1974 im Alter von 61 Jahren.

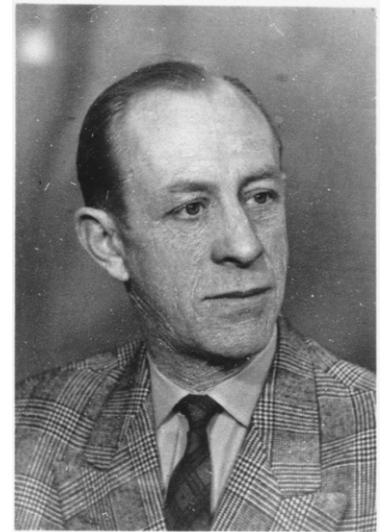


Foto: KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen

M1f Mieczysław Swierczewski (1929 – 2015)

Mieczysław Swierczewski wurde am 1. Januar 1929 in Warschau geboren. Als Schüler erlebte er dort ab August 1944 den Aufstand gegen die deutschen Besatzer. Nach dessen Niederschlagung wurde der 15-Jährige – ebenso wie seine Eltern – verhaftet. Der Junge wurde nach Deutschland deportiert und in
5 das KZ Neuengamme verschleppt.

Am 12. Oktober 1944 überstellte ihn die SS ins Außenlager Kaltenkirchen, wo er vor allem für den so bezeichneten Stubendienst eingeteilt wurde: Er musste die Baracken reinigen und die Suppe an die Häftlinge verteilen. Auch Arbeiten für den „Lagerältesten“ gehörten zu seinen Pflichten.

- 10 Am 22. Dezember 1944 wurde Swierczewski zurück ins Hauptlager Neuengamme transportiert, später nach Berlin. Im April 1945 befreite ihn dort die Rote Armee. Auch sein Vater überlebte die KZ-Haft, seine Mutter wurde im KZ Ravensbrück ermordet.

Nach seiner Rückkehr nach Warschau besuchte Swierczewski wieder die

- 15 Schule, studierte Medizin, gründete eine Familie und praktizierte bis ins hohe Alter als Arzt. Er starb mit 86 Jahren am 27. Januar 2015.



Foto: KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen

[Aus: KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen (Hrsg.): Zum Beispiel Kaltenkirchen. Geschichte und Nachgeschichte eines KZ-Außenlagers. Berlin 2024, S. 36ff]

Aufgabenvorschlag 2:

Was ist/macht ein Mensch ohne Menschenrechte?

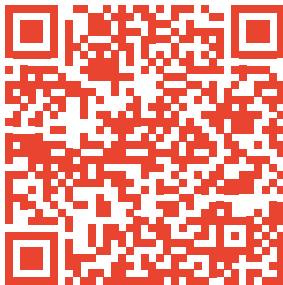
2.1 Recherchiere die grundlegenden Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) von 1948. Arbeite anschließend mit Hilfe der Storymap die vielfältigen Verletzungen von Menschenrechten heraus, mit denen Werner Eckstein in der NS-Diktatur konfrontiert war. Erläutere, welche Folgen diese Rechtsverletzungen für das Leben von Werner Eckstein auch nach 1945 hatten.

2.2 Setze die grundlegenden Artikel der AEMR in Beziehung zu den Menschenrechtsverletzungen, die Werner Eckstein widerfahrenen sind.

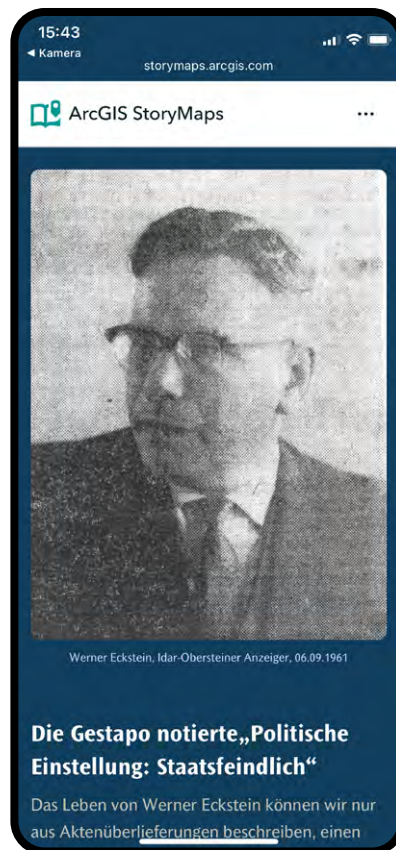
2.3. Beurteile anschließend, inwiefern die in der Erklärung definierten Menschenrechte auch als Antwort auf den Holocaust und NS-Gewaltverbrechen verstanden werden können.

2.4. Reflektiere Deine Arbeitsergebnisse: Was gehört für Dich zu einem guten und sicheren Leben?

M 2 Werner Eckstein – Biografie in Form einer Storymap



Quelle: <https://storymaps.arcgis.com/stories/18d4a3764e1040d9aa8030d3fcd8fa67>



Aufgabenvorschlag ③:

Welche Bedeutung hat eine Rechnung der AKN?

Vorbemerkungen: Die SS vernichtete Ende April 1945 alle Dokumente zum KZ Neuengamme und seinen Außenlagern. Die verübten Verbrechen sollten so verschleiert werden. Auch vom KZ-Außenlager Kaltenkirchen blieben daher nur die Gebäude erhalten. Nach der Räumung des Lagers wirkte das Areal wie ein verlassenes Wehrmachtslager. Doch die Beteiligten erinnerten sich: ehemalige Häftlinge ebenso wie Täter und Mittäter.

Arbeite die zentralen Informationen aus der vorliegenden Quelle M3 heraus. Beurteile, welche Aussagekraft und Bedeutung das Dokument vor dem Hintergrund hat, dass die Täter 1945 alle schriftlichen Beweise für die von ihnen begangenen Verbrechen vernichtet haben.

M3 Rechnung der AKN an die Stadt Hamburg, 26. November 1946

Im November 1946, also anderthalb Jahre nach Kriegsende, stellte die Eisenbahngesellschaft Altona-Kaltenkirchen-Neumünster den Transport der Kaltenkirchener Häftlinge ins Lager Wöbbelin im April 1945 in Rechnung. Die zuständige Behörde in Hamburg prüfte und zahlte den Betrag über 1728,- RM (Reichsmark).

EISENBAHN-GESELLSCHAFT ALTONA-KALTENKIRCHEN-NEUMÜNSTER

Postanschrift: Hamburg-Altona, Kaltenkirchener Straße 1
Für Bahnversand: Bahnhof Hamburg-Stellingen

Fernruf: 43 09 56

Bankkonten: Hamburger Sparcasse von 1827, Konto 68 834; Schleswig-Holsteinische u. Westbank, Hamburg-Altona, Konto 113; Deutsche Verkehrskreditbank, Zweigstelle Hamburg, Konto 3523; Hamburgische Landesbank, Nr. 304; Reichsbank-Giro, Hamburg-Altona, Nr. 22731

Postcheckkonto: Hamburg 17202

An den
Herrn Oberfinanzpräsidenten Hamburg
V 33
Hamburg 36
Gänsemarkt 36

200

30. NOV 1946
0-5991-13

Unsere G.-Nr. He/Schä Ihre Nachricht vom Ihre Zeichen Tag 26.11.1946

Betrifft: Anmeldung einer Forderung gegen das Konzentrationslager Hamburg-Neuengamme aus Beförderungsleistungen vor der Kapitulation.

Am 16.4.1945 wurden von unserem Bahnhof Kaltenkirchen nach dem Lager Wöbbelin Bahnhof Ludwigslust 2 Offiziere, 84 Mannschaften und 576 Häftlinge sowie 4 Wagenladungen mit Gepäck unter Stundung des Fahrgeldes und der Gepäckfracht befördert. Für diese Beförderungsleistung haben wir einen Betrag von RM 1 728.-- zu fordern. Wir melden hiermit den Anspruch auf Zahlung eines Betrages von RM 1.728.-- bei Ihnen an und versichern, daß eine Zahlung bisher nicht erfolgte und weiter, daß diese Forderung weder ganz noch teilweise abgetreten oder gepfändet worden ist.

Bearbeitungs-Vermerke

1/ Eintr. RM. 1728.-- erl
2/ Reg. Besch. ohne mit Zus. en

Eisenbahn-Gesellschaft
Altona - Kaltenkirchen - Neumünster
Die Direktion

L/0150

Quelle: Bundesarchiv, B 326/301, Fol.200

Aufgabenvorschlag 4:

Wer sorgt für das Gedenken nach 1945?

4.1. Erläutere mit Hilfe der Darstellungstexte 1 – 3 sowie der Materialien 4 – 7, wer sich nach 1945 in Kaltenkirchen für das Gedenken und Erinnern an die im KZ-Außenlager inhaftierten und ermordeten Menschen eingesetzt hat – oder diesem im Wege stand.

4.2. Beurteile dabei insbesondere die Rolle und das Verhalten von Richard Tackx während und nach seiner KZ-Haft in Kaltenkirchen.

4.3. Erkläre aus deiner Sicht, warum die KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen erst ab den 2000er Jahren und durch rein ehrenamtliches Engagement eingerichtet worden ist.

Darstellung 1

Nach dem Zweiten Weltkrieg führten britische Besatzungsbehörden Entnazifizierungsverfahren durch. Mehr als 400.000 Deutsche wurden in Schleswig-Holstein überprüft. Niemand galt demnach als schuldig für die verübten Verbrechen, auch nicht der ehemalige schleswig-holsteinische Gauleiter der NSDAP. 1950 erließ der Schleswig-Holsteinische Landtag das „Gesetz zur Beendigung der Entnazifizierung“. In der siebenköpfigen Landesregierung war nur eine Person, Innenminister Paul Pagel, zuvor nicht Mitglied der NSDAP oder einer Nebenorganisation gewesen. Pagel notierte sich im März 1951: „Man kann mit Recht allmählich von einer Renazifizierung sprechen. Merkwürdig wie selbstverständlich die alten Nazis auftreten.“

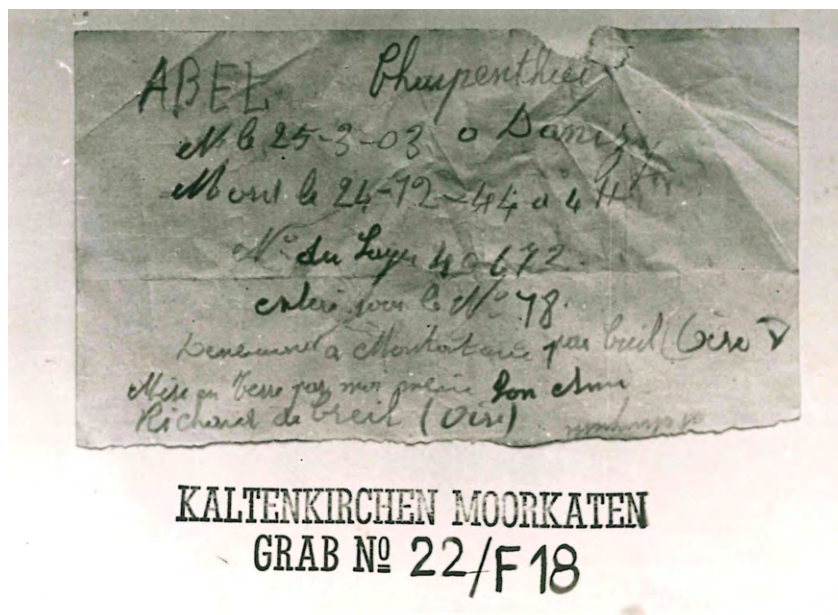
Trotz dieser innenpolitischen Entwicklungen richtete sich der Blick internationaler Behörden weiterhin auf die Verbrechen der NS-Zeit, auch in Bezug auf das KZ-Außenlager Kaltenkirchen:

Die französische Regierung ließ im Sommer 1951 die Gräber in Moorkaten und Springhirsch öffnen und die Gebeine der im KZ-Außenlager Kaltenkirchen ermordeten Menschen exhumieren. Französische Gerichtsmediziner untersuchten 1951 die in Moorkaten und Springhirsch exhumierten Knochen und dokumentierten auch deren Verletzungen. Diese bewiesen die Misshandlungen der ehemaligen Häftlinge. Die namentlich bekannten Opfer aus Frankreich und den Niederlanden wurden in ihre Heimat überführt, die übrigen Gebeine in Moorkaten in würdiger Form beigesetzt. Der ehemalige Häftling Richard Tackx war als Augenzeuge vor Ort. Er hatte bis April 1945 die Leichen vergraben müssen. Dabei versteckte er heimlich kleine Notizen und Gegenstände, die bei der Identifizierung der Toten halfen.

[Aus: KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen (Hrsg.): Zum Beispiel Kaltenkirchen. Geschichte und Nachgeschichte eines KZ-Außenlagers. Berlin 2024, S. 93ff]

M4 Notiz von Richard Tackx zum gestorbenen KZ-Inhaftierten Abel Charpentier

Bei der Exhumierung 1951 wurde ein Zettel, den Richard Tackx dem Leichnam von Abel Charpentier beigegeben hatte, wiedergefunden. Tackx hatte 1944 neben einigen persönlichen Angaben auch den genauen Todeszeitpunkt festgehalten „24-12-44 à 4 h“.



Quelle: Stadt Kaltenkirchen

Darstellung 2

Am 18. Mai 1945 stellten französische und belgische Überlebende des KZ-Außenlagers Kaltenkirchen sowie anderer Lager in der Umgebung mehr als 80 Holzkreuze auf. So markierten sie in Moorkaten und an der Reichsstraße 4 zwei Orte, an denen getötete Leidensgenossen bis April 1945 vergraben worden waren. Die Kreuze trugen die französischen Nationalfarben sowie die Häftlingsnummern der an diesem Ort verscharzten Opfer. Wegen der Farbmarkierung der Kreuze meinte der „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ in Hamburg 1968, es handle sich in Moorkaten um Gräber deutscher Soldaten. Schließlich sei die Flagge Schleswig-Holsteins blau-weiß-rot.

5 Auf dem Gräberfeld in Moorkaten wurde am 18. Mai 1945 mit den Kreuzen auch ein Schild mit der Beschriftung „Hier ruhen 84 Franzosen, von den Nazis ermordet“ aufgestellt. Wenige Tage später hatten Unbekannte das Schild beseitigt.

[Aus: KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen (Hrsg.): Zum Beispiel Kaltenkirchen. Geschichte und Nachgeschichte eines KZ-Außenlagers. Berlin 2024, S. 93ff]

M5 Foto des ehemaligen KZ-Inhaftierten Richard Tackx im Mai 1945 hinter von Überlebenden des KZ-Außenlagers Kaltenkirchen positionierten Holzkreuzen



Quelle: Arolsen Archives, DocID 3416428

M6 Schreiben der Polizei in Kaltenkirchen anlässlich der Untersuchung von NS-Gewaltverbrechen in Kaltenkirchen, 25. August 1967

Polizei-posten Kaltenkirchen
Pol. Inspektion Bad Segeberg
- OB.Nr. 1176/67 -

Kaltenkirchen, den 25.8.1967

Urschriftlich
der
Landespolizei Schleswig-Holstein
Kriminalpolizeistelle Neumünster

in Neumünster

mit nachstehendem Bericht zurückgereicht.

Über ein Nebenlager Kaltenkirchen des KL Neuengamme ist an der hiesigen Dienststelle nichts bekannt. Über NS- Gewaltverbrechen ist hier auch nichts bekannt geworden. Es wurden in dieser Hinsicht Nachfragen beim Ordnungsamt Kaltenkirchen gehalten. Herr Saggau als damaliger Gemeindedirektor und jetziger Standesbeamte erklärte, daß auch ihm nichts über NS- Gewaltverbrechen bekannt geworden ist und daß auch keine Anzeigen, Berichte, alliierte Militärgerichtsverfahren usw. erfolgt sind.

wenden

Empf. 29. AUG. 1967
Anl.: 1. K.

Quelle: Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 352.3 Nr. 2566

M7 Kieler Nachrichten, 14. August 1978 (hier: Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Sammlung Fritz Bringmann, II/5/o)

27 Jahre nach der Exhumierung unter Federführung der französischen Regierung wurde die Gräberstätte Moorkaten 1978 umgestaltet. An dem Festakt nahmen auch ehemalige Häftlinge des KZ-Außenlagers Kaltenkirchen teil. Was der Zeitungsartikel verschwieg: Neonazis hatten die Arbeiten zur Umgestaltung mit „Heil-Hitler“-Rufen gestört.



AM GROSSEN KREUZ der Kriegsgräberstätte Moorkaten legte auch Abbé Besancon (links) vom „Amicale Internationale de Neuengamme“ einen Kranz nieder. Besancon war während des Krieges selbst in einem Außenlager von Neuengamme interniert. Foto: Nitschke

KN 14.8.78.

Ein Mahnmal für den Frieden

Kriegsgräberstätte Moorkaten wurde von Jugendlichen völlig umgestaltet

Kaltenkirchen (sn) Im Rahmen einer Gedenkstunde wurde gestern die von Teilnehmern zweier internationaler Jugendlager aus sieben europäischen Ländern umgestaltete Kriegsgräberstätte Moorkaten bei Kaltenkirchen übergeben, die an die Toten eines Außenlagers des Kriegsgefangenenlagers und KZ Neuengamme erinnern soll.

An den Feierlichkeiten nahmen neben dem Präsidenten des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Dr. Josef Schneeberger, Ministerialdirigent Dr. Claus Kühl als Vertreter des Innenministeriums und dem Kaltenkirchener Bürgermeister Günther Fehrs auch der ehemalige französische Lagerhäftling Abbé Besancon als Vertreter des Amicale Internationale de Neuengamme teil.

Auf der in einem Waldstück gelegenen, eingefriedeten Kriegsgräberstätte ging der Bürgermeister der Stadt Kaltenkirchen in seiner Ansprache zunächst auf die Opfer des zweiten Weltkrieges ein, die hier ihre letzte Ruhestätte gefunden haben. Sie alle — so Fehrs — seien die Opfer eines Regimes geworden, das bereit war, seinen Herrschaftsanspruch auch mit Unrecht und Gewalt durchzusetzen. Die hier beigesetzten Häftlinge des Lagers Neuengamme — mehrere hundert russische und französische Kriegsgefangene — soll-

ten mahnen, daß zwölf Jahre Gewaltherrschaft mehr als ein Betriebsunfall der deutschen Geschichte gewesen seien.

Fehrs dankte anschließend dem Landesverband Schleswig-Holstein des Volksbundes, der bei der Neugestaltung der Kriegsgräberstätte in vorbildlichster Weise mit der Stadt Kaltenkirchen zusammengearbeitet habe. Sein besonderer Dank gebührte jedoch den Teilnehmern der internationalen Jugendlager 1977 und 1978 für ihre Arbeit, mit der sie einen Beitrag für die friedliche Zukunft zwischen den Völkern Europas geleistet hätten.

In seinem Grußwort betonte der stellvertretende Amtschef des Innenministeriums, Dr. Claus Kühl, daß es eine verschwindend geringe Minderheit sei, die immer wieder versuche, einen Keil in die Bemühungen um Verständigung und Versöhnung zu treiben. Gedenkstätten wie diese seien nicht nur ein Achtungsbeweis gegenüber den Toten, sondern mahnten, daß der Frieden in dieser Welt keine Selbstverständlichkeit sei. Dr. Kühl: „Unter dem Leitwort ‚Versöhnung über den Gräbern — Arbeit für den Frieden‘ haben seit 1952 über 100 000 Jugendliche aus Deutschland und 20 anderen Nationen an Jugendlagern teilgenommen. Nur wenn die Jugend die

Mahnung der Toten versteht, in dem Bemühen um das friedliche Zusammenleben nicht nachzulassen, kann Frieden erhalten und die Zukunft unserer Kinder gesichert werden.“

Nach der in Französisch gehaltenen Ansprache des ehemaligen Häftlings Abbé Besancon vom „Amicale Internationale de Neuengamme“, in der er ein Leben von Brüderlichkeit und Vertrauen forderte, ergriff der Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Dr. Schneeberger, das Wort. Schneeberger wies auf die Aufgabe der Gedenkstätten hin, die Menschen aufzurütteln, damit nicht neue Katastrophen entstünden. Gegenseitiges Verständnis und Toleranz müßten das Handeln bestimmen, damit der innere und äußere Friede für die Zukunft gesichert sei.

Nach der Kranzniederlegung verabschiedete Bürgervorsteher Günter Lettmann im internationalen Jugendlager die jungen Menschen, die an der Neugestaltung der Gedenkstätte mitgewirkt haben. Jeder der Teilnehmer erhielt als Abschiedsgeschenk einen Zinnbecher. Aber auch die Stadt Kaltenkirchen wurde mit einem unerwarteten Geschenk geehrt: Für die Stadt nahm Bürgermeister Fehrs die Anerkennungsmedaille des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge entgegen.

Darstellung 3

- Während in Kaltenkirchen die ehemaligen Häftlinge erste Erinnerungs- und Gedenkinitiativen selbst veranlasst haben, sind von einzelnen Einheimischen erst ab 1975 intensivere Nachforschungen zur Geschichte des KZ-Außenlagers nachgewiesen, die allerdings vor Ort auf massiven Widerstand stießen. Die
- 5 Forschungsarbeit einzelner Kaltenkirchener überzeugte manche der überlebenden Häftlinge, über ihre Leidenszeit in Kaltenkirchen Zeugnis abzulegen: zunächst in Form von Berichten und Briefen, später auch bei persönlichen Begegnungen. Die nicht selbstverständliche Bereitschaft der Überlebenden, ihre Geschichten zu erzählen, ist für das historische Wissen über das KZ-
- 10 Außenlager Kaltenkirchen bis heute von zentraler Bedeutung.
- Das Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen im ehemaligen KZ-Außenlager Kaltenkirchen wird heute von der professionell arbeitenden KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen, die gegen viele gesellschaftliche Widerstände direkt am historischen Ort errichtet wurde, gepflegt und geför-
- 15 dert. Inzwischen besteht die KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen seit 25 Jahren. Sie hat sich in dieser Zeit, von 2000 bis 2019 durch rein ehrenamtliches Engagement, zu einem öffentlich anerkannten außerschulischen Lern- und Bildungsort entwickelt.
- Dies ist vor dem Hintergrund einer lange verzögerten Erinnerungskultur
- 20 in Schleswig-Holstein keineswegs selbstverständlich. Erst 2015 wurde in Schleswig-Holstein von Seiten der damaligen Landesregierung ein erstes Landesgedenkstättenkonzept veröffentlicht. Eine kontinuierliche finanzielle Unterstützung der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen von Seiten des Landes und von kommunaler Seite besteht erst seit gut fünf Jahren. Die hier skizzierte
- 25 Situation lässt sich auch auf andere KZ-Gedenkstätten und Erinnerungsorte an die Zeit des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein übertragen.

Aufgabenvorschlag 5:

Und die Täter?

5.1 Vergleiche die Schilderung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Gefangenen im KZ-Außenlager Kaltenkirchen unter dem Lagerkommandanten Bernhard Waldmann durch den ehemaligen Häftling Johannes Wehres (M8) mit der Charakterisierung von Bernhard Waldmann im Rahmen des Entnazifizierungsprozess gegen ihn im Jahre 1948 (M9). Nutze dafür auch den Darstellungstext 4.

5.2 Beschreibe die Lebenssituation von Verfolgten des NS-Regimes im westdeutschen Nachkriegsdeutschland mit Hilfe der Biographien zu Werner Eckstein (vgl. Aufgabenvorschlag 2 sowie das Material zu der Doppelstundensequenz) und Johannes Wehres (vgl. M1e). Untersuche dabei auch, mit welchen Hindernissen Verfolgte des NS-Regimes konfrontiert waren, um zum Beispiel eine Entschädigung für das ihnen zugefügte Unrecht zu erhalten.

5.3 Bewerte den unterschiedlichen Umgang mit Tätern und Verfolgten des NS-Regimes von staatlicher Seite in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945. Nimm auch Stellung zu der Frage, inwiefern dieser unterschiedliche Umgang aus deiner Sicht Folgen für das Gedenken und Erinnern an die NS-Verbrechen und ihre Opfer in den darauffolgenden Jahrzehnten hatte.

M8 Schreiben des ehemaligen KZ-Inhaftierten Johannes Wehres zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen im KZ-Außenlager Kaltenkirchen (13. Februar 1946)

Düsseldorf, den 13. Februar 1946

Bericht über das Arbeitslager
Kaltenkirchen / Holstein

Im Oktober 1944 kamen wir mit 500 Häftlingen vom Lager Neuengamme nach dem Aussenlager Kaltenkirchen. Lagerführer war SS-Hauptsturmführer F r e i e r, früher Hauptmann der Wehrmacht. Freier behandelte alle Häftlinge, gleich welcher Nationalität, menschlich. Unter seiner Leitung war das Lagerleben für uns Häftlinge gegenüber Neuengamme erträglich. Freier wurde auf seinen Wunsch wieder zur Wehrmacht zurückkommandiert und sein Nachfolger wurde der SS-Hauptsturmführer W a l d m a n n aus Lünen/Westf. Von dem Tage ab ging im Lager eine Wandlung vor sich. Alle Erleichterungen für uns Häftlinge, die wir mit Hilfe von Freier erreicht hatten, wurden abgeschafft. Waldmann glaubte, alles umstossen zu müssen. Die bestehende Arbeitszeit von 8 Stunden erhöhte Waldmann in Verbindung mit Regimentsbaurat M e i e r, auf 10 bis 11 Stunden. Die Verpflegungssätze wurden reduziert. Brot von 550 gr. auf 350, bei Kranken von 550 auf 200 gr. So bremste Waldmann mit dem Leiter der DAF-Küche S c h i e r h o l z die gesamte Lebensmittelzufuhr, so dass wir am Ende einer Lieferungsperiode kaum die Hälfte der uns zustehenden Lebensmittel erhalten hatten. Die unterschlagenen Lebensmittel wanderten in die Küche der DAF und OT Bauleitung oder zu Waldmann. Nachgelieferte Lebensmittel haben wir nie bekommen. Ich richtete hierüber einen Beschwerdebericht an die Abteilung Verpflegung in Neuengamme. Hierauf erschien eines Tages ein Sturmbannführer des Stammlagers, der sich von mir die Verpflegungssätze und die tatsächlich gelieferten Mengen angeben liess. In meinem Beisein drohte der Sturmbannführer dem Lagerführer Waldmann, dem Lieferanten Schierholz und Baurat Meier mit einem Verfahren, wenn sie ihre "Sauereien" weitertrieben. Wörtlich sagte er: "Bei dieser Ernährung kann kein Mensch existieren, ohne diese schwere Arbeit zu verrichten, geschweige denn bei der Arbeit." Nach seiner Abreise änderte sich aber nichts. Es ging alles seinen alten Gang weiter.

Der Erfolg der schlechten Ernährung und der langen Arbeitszeit, auch Sonntagsarbeit und 1 1/2 Stunden Anmarschweg zur Arbeit, war, dass wir in kurzer Zeit 200 arbeitsunfähige Häftlinge hatten. Diese tauschte Waldmann mit dem Stammlager Neuengamme aus. Den Ersatz wirtschaftete er bei seiner Methode in 1 bis 1 1/2 Monaten genau wieder herüber. Waldmanns beliebteste Methode war, den Häftlingen die Prämie zu entziehen, oder herabzusetzen. So veranlasste er, dass wir 4 Wochen hintereinander keine Prämie erhielten wegen nicht genügender Arbeitsleistung. Waldmann verlangte von der Wachmannschaft, die von einem Plak-Kommando gestellt wurde, dass sie jeden Häftling, der nicht genügend arbeitete, zur Meldung zu bringen habe oder auch mit dem Kolben nachhelfen müsse. Mit seinen dauernden Hetzreden machte er die anfänglich vernünftige Wachmannschaft konfus, so dass Misshandlungen und Erschiessungen von Häftlingen nichts Seltenes waren. Besonders beteiligten sich hieran der Luftwaffengefreite K ö l l e, U l l r i c h und H y l s k i. Ebenso wie die eben Genannten beteiligte sich der Zivilmeister J a k o b i an den Misshandlungen. Jakobi war der grösste Schinder unter den Zivilmeistern. Hauptsturmführer Waldmann war als Arbeitseinsatz- und Rapportführer der SS-Rottenführer Ernst L a n g e unterstellt. Lange wohnt in Hamburg-Bergedorf. Langes Verhalten gegenüber Häftlingen war im allgemeinen nicht schlecht. Aus Opposition gegenüber Waldmann stand er mit diesem in dauerndem Streit und wurde so auf Seiten der Häftlinge gedrängt. Durch die Hilfe von Lange war es mir möglich, Bekleidung und Schuhe für das Lager aus dem Stammlager Neuengamme zu erhalten, damit wir wenigstens das Notwendigste für den Winter hatten.

**M9 Begründung der Entlastung des ehemaligen KZ-Lagerkommandanten
Bernhard Waldmann durch die Stadt Lünen, 04. Juni 1948**

Berufungsausschuss
für die Entnazifizierung
der Stadt Lünen

In der Berufungssache
des Lehrers Bernhard Waldmann, Lünen, Kappenbergerstr.
hat der Berufungsausschuss auf die Verhandlung vom
4. Juni 1948 entschieden.

Der Berufungsführer wird in Kategorie
V eingereiht.

Die Entscheidung des Berufungs-
ausschusses wird bestätigt.

Düsseldorf, den 24/6/48

DER SONDERAUFTRAG FÜR DIE ENTNAZIFIZIERUNG
IM LANDE NORDRHEIN-WESTFALEN

Gründe:

Im guten Glauben hat sich der Bf. im Jahre 1933
der SA-Reserve angeschlossen; Ausser seinem Ver-
trauen zu der neuen, mit so grossem Pomp und vielen
Versprechungen aufkommenden politischen ~~politischen~~
Bewegung, welche die Staatsführung an sich gerissen
hatte, war es bei ihm sportliches Interesse, da er
im 1. Weltkrieg Reserveoffizier gewesen war und den
Schiessport pflegte. Er brachte es aber trotz
seiner langen Zugehörigkeit nur zum Oberscharführer.
In die Partei selbst kam er ohne Antrag, als Mit-
glied der SA.

Er ist nie politisch hervorgetreten; der Unter-
ausschuss bestätigt ihm, dass er innerlich der NSDAP
völlig fern gestanden habe.
Diese Beurteilung ist sicher richtig, denn der Bf.
ist nicht nur nicht aus der Kirche ausgetreten,
sondern darüber hinaus immer ein besonders treues
Mitglied der Kirche geblieben. Aus dieser Treue hat
er kein Hehl gemacht; er ist regelmässig zur Kirche
gegangen, hat sich als Organist betätigt und hat
nie aufgehört, den Religionsunterricht zu erteilen.
Durch seine Haltung hat er, wenn auch nicht
proklamiert, so doch bewusst und mutig sich gegen
die Partei gestellt. Die von ihm überreichten
Zeugnisse des Vikars Wember, des Kaplans Völkening
und des Organisten Krämer geben ein klares und
einwandfreies Bild von der Haltung des Bf.
Es besteht kein Zweifel, dass es sich hier um einen
Mann handelt, der in keiner Weise eine politische
Schuld auf sich geladen hat, um einen überzeugungs-
festen Mann, der durchaus berufen ist, die Schul-
jugend zu erziehen und der in die Gruppe der Ent-
lasteten gehört.

Das war die Ansicht des Berufungs-
ausschuss.

Entlastungszeugnis
an Lehrer Waldmann
ausgestellt

8.7. Rei.
1948

Berufungsausschuss für die Entnazifizierung
Stadt Lünen
Sitzender

Darstellung 4

Bernhard Waldmann war nach Kriegsende in seine Heimatstadt Lünen und in seinen alten Beruf als Lehrer zurückgekehrt. Im September 1946 musste er sich dem von britischen Behörden durchgeführten Entnazifizierungsverfahren unterziehen.

- 5 Waldmann gab dabei nur seinen Wehrmachtsrang als Hauptmann an. Bei der Frage nach einer Mitgliedschaft in der SS entschied sich Waldmann zu lügen. In der entsprechenden Spalte notierte er „NEIN“ und verschwieg damit seine SS-Karriere u. a. als Kommandant des Außenlagers Kaltenkirchen. Die Entnazifizierungs-Kommission entschied im Februar 1947, Waldmann
- 10 biete „nicht die Gewähr für die demokratische Erziehung der deutschen Jugend“. Daraus folgte die Entlassung Waldmanns aus dem Schuldienst. Waldmann legte gegen diese Entscheidung erfolgreich Berufung ein. Er blieb bis zu seiner Pensionierung als Lehrer tätig und starb 1966 in Lünen. Seine Familie weigerte sich 1977, dem Kaltenkirchener Lokalhistoriker Gerhard
- 15 Hoch Auskunft zu geben.

[Aus: KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen (Hrsg.): Zum Beispiel Kaltenkirchen. Geschichte und Nachgeschichte eines KZ-Außenlagers. Berlin 2024, S. 139]

Keiner der Täter des KZ-Außenlagers Kaltenkirchen wurde je für seine Verbrechen strafrechtlich belangt.

Aufgabenvorschlag ③:

Der 27. Januar – seit 1996 ein bundesweit begangener staatlicher Gedenktag ohne Widersprüche?

Untersuche M10 hinsichtlich Widersprüchlichkeiten in Bezug auf den 27. Januar als Gedenktag.

M10 Der Zeithistoriker Harald Schmid über den „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“, 2015

Eine öffentliche Erörterung des Für und Wider des neuen Gedenktages begann erst, als die Entscheidung längst gefallen war. Der 27. Januar 1945, so die Hauptargumente der Kritiker, sei aus historisch-politischen Gründen falsch gewählt [...] und die Entscheidung ohne gesellschaftliche Diskussion erfolgt. Ein offizieller Gedenktag zur Befreiung von Auschwitz sei gerade in Deutschland eine geschichtspolitische Mesalliance¹, eine mutlose, im Verdacht einer falschen Normalisierung stehende Entscheidung. [...] Tatsächlich steht im öffentlich-medialen Mittelpunkt des 27. Januar die staatliche Praxis. Auf der Bundesebene wird sie von dem alljährlichen Staatsakt im Deutschen Bundestag bestimmt, die schnell Züge eines Rituals annahm: Stets hält der Bundespräsident oder der Bundestagspräsident eine Ansprache, gefolgt von der Rede eines prominenten Überlebenden [...]. Auch einzelne Bundesländer gedenken des Geschehens mit Sondersitzungen ihrer Landtage.

Doch nur langsam konnte die gesellschaftliche Praxis des „Holocaust-Gedenktages“ größere Breitenwirkung erzielen. Mittlerweile hat sich in vielen Städten eine plurale [vielfältige] und doch [...] staatsnahe Erinnerungskultur entwickelt, die von Kirchen, Parteien, Kommunen, Verfolgtenverbänden, Jüdischen Gemeinden, Gedenkstätten, Schulen und engagierten Personen getragen wird. Auffallend ist dabei die thematische und organisatorische Konzentration auf Jugendliche, ebenso die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit. So organisieren Vereine, Fan-Initiativen, Spieler, Trainer und Einzelpersonen mittlerweile seit 2005 [...] jeweils am Spieltag um den 27. Januar den „Erinnerungstag im deutschen Fußball“, an dem in der 1. und 2. Bundesliga sowie in der 3. Liga und den Regionalligen mit Stadiondurchsagen und anderen Aktionen der NS-Opfer gedacht gegen Rassismus Stellung bezogen wird.

Dabei fehlt es mitunter auch an Respekt gegenüber der historisch-politischen Dimension des Geschehens. Dazu hat nicht zuletzt der Verzicht auf den rechtlich-sozialen Schutz durch den Status eines arbeitsfreien Gedenktages beigetragen. Diese Entscheidung hatte zwei Folgen. Zum einen ein ungenaues [...] Gedenken: Die einfache Grundregel, dass die Hauptaktivitäten öffentlichen Erinnerns aus Anlass eines historischen Datums auch möglichst an diesem Kalendertag stattfinden sollen, galt für den Gedenktag am 27. Januar von Anfang an nicht. Der zentrale Staatsakt im Bundestag [...] findet, je nach

¹ Französisch für: nicht angemessene Verbindung

35 Kalender [...] mal ein paar Tage früher, mal zufällig genau am 27. Januar statt.
Ziel ist es, keine Sondersitzungen am Wochenende abhalten zu müssen.
Zum anderen ist das Gedenken gleichsam ungeschützt: Aufgrund des Ver-
zichts auf den rechtlichen Status eines „stillen“ arbeitsfreien Feiertages sind an
dem Datum andere Veranstaltungen jeder Art erlaubt. Dass Landtagswahlen
40 auf den 27. Januar gelegt werden (wie 2002 in Hessen und Niedersachsen), mag
man ja noch hinnehmen, aber wie sieht es aus, wenn rund um den 27. Januar
fröhlich Fasching gefeiert wird? Diese zeitliche Nähe zum Karneval war in den
vergangenen Jahren immer wieder ein Problem, 2008 führte sie erstmals zu
einem Eklat. Denn in München hatte man den traditionellen Karnevalsumzug
45 auf den 27. Januar terminiert. Das Thema „Fasching und Faschismus“ bewegte
kurz die Gemüter. Am Ende feierten die Jecken. Das einzige Zugeständnis
bestand darin, die Route des Umzugs zu ändern und sie nicht über den „Platz
der Opfer des Nationalsozialismus“ zu führen. Auch im TV-Programm schlug
sich die Datumskollision mitunter zu Lasten des 27. Januars nieder, wenn
50 beispielsweise im ersten Programm des öffentlich-rechtlichen Fernsehens am
Sonntag, den 27. Januar 2002, zunächst den ganzen Tag über keinerlei spezielle
Sendung zum Gedenktag ausgestrahlt wurde. Und abends, zur besten Sende-
zeit, wurde die dreistündige Karnevalssitzung „Wider den tierischen Ernst“
live ausgestrahlt.

Aus: Schmid, Harald: Erinnerungskulturen in Europa. Der 27. Januar als „Holocaust-Gedenktag“.
In: Geschichte für heute 8, 2015, Heft 4, S. 6–20. Hier: S. 12f

Aufgabenvorschlag 7:

Der 27. Januar als Gedenktag – geht mich das was an?

Beziehe vor dem Hintergrund deiner bisherigen Arbeitsergebnisse und der Materialien 11 und 12

kritisch und reflektiert Stellung zu der Frage, was dich der 27. Januar als staatlicher Gedenktag angeht.

M11 Auszug eines Interviews von tagesschau24 mit der Holocaust-Überlebenden Margot Friedländer vom 27.01.2025

tagesschau24: Ihr Bruder und Ihre Mutter wurden im Konzentrationslager Auschwitz ermordet. Sie selbst mussten monatelang untertauchen, und wurden dann an die Nazis ausgeliefert. Was hat Ihnen die Kraft gegeben, weiter um Ihr Leben zu kämpfen?

5 **Friedländer:** Die Hoffnung, dass es nie wieder geschehen wird.

tagesschau24: Was gibt Ihnen heute Hoffnung?

Friedländer: Dass man mich anhört, dass man versteht, was ich sage. Junge Menschen haben gelernt, sie müssen auch die Eltern erziehen - und besonders die Regierungen. [...]

10 **tagesschau24:** Was ist Ihre Botschaft an die junge Generation?

Friedländer: Wenn ihr Menschen seid, würdet ihr so etwas nicht tun. Damals haben die Menschen gejubelt. Gejubelt, weil sie nicht wussten, für was. Ihr seid klüger, ihr habt gelernt, ihr wisst, was Menschlichkeit ist, was sich gehört, was wir sind. Dass Menschen, ganz egal, welcher Hautfarbe, welcher Religion
15 – sie sind Menschen und müssen als Menschen respektiert werden.

tagesschau24: Frau Friedländer, ich danke Ihnen für das Gespräch.

Friedländer: Ich danke Ihnen, dass Sie mich anhören. Ich danke euch, dass ihr versteht, was ich von euch erwarte und erhoffe für die Menschheit, dass so etwas nie wieder geschehen wird.

Aus: <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/margot-friedlaender-interview-100.html>, letzter Zugriff am 06.11.2025

M12 Gabor Halasz: Holocaust-Gedenktag – „Es tut ein ganzes Leben weh“ (31.01.2024)

Berlin A26877 – diese Nummer vergisst Eva Szepesi nie. Es ist die Häftlingsnummer aus Auschwitz, tätowiert auf den linken Unterarm. Eva Szepesi ist heute 91 Jahre alt. Die Nummer ist verblasst, aber immer noch zu sehen. Szepesi ist eine der wenigen, die noch erzählen können von der Hölle von Auschwitz. Sie erinnert sich genau an ihre letzten Tage dort im Januar 1945. „Ich war wie ein Skelett. Und die haben gedacht, ich bin tot.“

10 Eva Szepesi ist damals zwölf Jahre alt. [...] Die Rote Armee ist nicht mehr weit entfernt. Doch sie ist zu schwach und bleibt zwischen den Toten liegen. Noch heute sieht sie ein Bild vor sich: ein sowjetischer Soldat mit Pelzmütze. „Er hat mich angelächelt. Und ich habe die Augen aufgemacht. Und es hat gutgetan.“

15 Was Eva Szepesi damals noch nicht weiß: Sie wird Mutter, Vater und Bruder nicht wiedersehen. Sie alle wurden ermordet. Die Familie stammt aus Ungarn, erst im November 1944 wird Szepesi mit einem der letzten Transporte nach Auschwitz deportiert. Allein – ohne Mutter, Vater und Bruder. Sie überlebt als Einzige.

Eva Szepesi geht nach dem Krieg nach Deutschland, widerwillig ins Land der Täter. Sie bekommt Kinder, gründet eine eigene Familie. Aber über das, was ihr passiert ist, spricht sie 50 Jahre lang nicht.

Bis 1995, als sich die Befreiung von Auschwitz zum fünfzigsten Mal jährt und sie zur Gedenkfeier eingeladen ist. Sie zögert und fährt schließlich hin. „Und es hat gesprudelt. Ich habe erzählt und erzählt. Am Ende haben meine zwei Töchter mich in den Arm genommen. Und haben gesagt, wir hören das erste Mal, Mutti, von deiner Geschichte.“

Einer, der nie die Geschichte seines Vaters gehört hat, ist Marcel Reif. Der bekannte Sportreporter fragt nicht, „weil ich Angst hatte, Dinge zu hören, was man meinem großen, starken Vater angetan hat“. Leon Reif, ein polnischer Jude, wird von den Nazis verschleppt und unter glücklichen Umständen gerettet. Er leidet danach unter Depressionen. Aber den Grund dafür erfährt sein Sohn Marcel erst nach dem Tod seines Vaters. [...]

Heute geht es darum, zu erzählen. Reif und Szepesi sprechen im Bundestag zur Holocaust-Gedenkstunde.

[...] Eva Szepesi sieht es mittlerweile als Pflicht, zu erzählen. Gerade jungen Menschen gibt sie in einer ARD-Dokumentation eine klare Botschaft mit auf den Weg: „Wenn ihr Ungerechtigkeit erlebt oder sieht, entgegenzutreten und nicht zu schweigen. Und immer alleine denken.“

Beide treffen auch Jugendliche, die nach Berlin gekommen sind. Gespräche wie diese sind wichtig, um die Erinnerungen der Zeitzeugen weiterzutragen – wenn bald niemand mehr da ist, der aus erster Hand erzählen kann.

Anna Vollhardt aus Mainz ist 22 Jahre alt. Sie studiert und arbeitet in der Bildungsstätte Anne Frank. Dass sie heute eine Überlebende wie Eva Szepesi trifft, findet sie sehr, sehr wichtig. Sie sei froh, dazu noch die Möglichkeit zu haben, sagt sie. „Vielleicht kann man dadurch das auch noch mal besser weitertragen an die Generationen, die später noch kommen.“

Marcel Reif erzählt, dass er Gedenktage nicht braucht. Aber das Land braucht sie, meint er. [...]

„Nie wieder‘ ist kein Appell. Das ist auch keine Mahnung. Da ist mir viel zu viel Spielraum drin“, so Reif. „Nie wieder‘ ist eine Tatsache und sonst nichts – und zwar keinen Millimeter verrückbar.“

70 Der Wunsch, dass es „nie wieder“ passiert, treibt auch Eva Szepesi an. Niemals soll wieder geschehen, „dass man euch einfach eine Mutter wegnimmt. Und einen Bruder, Vater. Weil das tut ein ganzes Leben weh.“ Gerade deshalb möchte sie erzählen, so lange sie es noch kann.

Aus: <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/gedenken-opfer-nationalsozialismus-100.html>, letzter Zugriff am 06.11.2025

4. Erläuterungen zu den Arbeitsmaterialien und Aufgabenvorschlägen

Einführung:

Die Aufgabenvorschläge und Materialien können anlassbezogen zum 27. Januar eingesetzt werden oder im regulären Geschichtsunterricht der Sekundarstufe I zum Thema 6 („Deutschland 1918–1945: Zwischen Demokratie und Diktatur, internationaler Verständigung und Verbrechen“) sowie zum Thema 8 („Deutschland und Europa seit 1945: Von der Spaltung zur Integration?“) eingesetzt werden.

Es ist auch möglich, den Arbeitsbogen im Themenbereich E1 des Geschichtsunterrichts der Sekundarstufe II („Vergangenheit und Gegenwart – Lernen aus der Geschichte“) zu verwenden. Selbstverständlich kann auch nur eine Auswahl aus den Materialien und Aufgaben genutzt werden.

Zu Aufgabenvorschlag 1:

Mittels der gegebenen Kurzbiographien kann eine Übersicht – ggf. auch gruppenteilig – erstellt werden. Auf die Tatsache, dass die inhaftierten Menschen teilweise noch sehr jung waren, muss ggf. durch die Lehrkraft hingewiesen werden.

Die SuS sollten den jeweiligen Inhaftierungsgrund ggf. mit dem damaligen Kriegskontext kontrastieren (z. B. Vorbereitungen zur Landung der Alliierten in der Normandie, Warschauer Aufstand, Widerstand, widerständiges/oppositionelles Handeln, solidarisches Handeln mit Mitbürgerinnen/Mitbürgern) – hier kann ggf. gemeinsam mit der Lehrkraft auf unterrichtliches Vorwissen zurückgegriffen werden. Dass unterschiedlich viele Informationen über die Lebenswege der vorgestellten Menschen nach 1945 bekannt sind, sollte ebenfalls kurz eingeordnet werden.

Zu Aufgabenvorschlag 2

(auch Doppelstundensequenz):

Hinweis: Die in der Storymap enthaltenen Arbeitsimpulse können Berücksichtigung finden.

Hier ein Lösungsansatz für die Aufgaben 2.1 und 2.2:

Werner Eckstein war in vielfacher Weise Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen durch das nationalsozialistische Regime. Aufgrund seiner politischen Überzeugung und seiner jüdischen Herkunft wurde er

diskriminiert, entrechtet und verfolgt (Artikel 2 – Verbot der Diskriminierung). Bereits 1933 wurde er wegen seines Engagements in der sozialistischen Studentenschaft verhaftet und vom Studium ausgeschlossen (Artikel 19 – Meinungs- und Informationsfreiheit sowie Artikel 21 – Recht auf politische Mitwirkung). Nach den „Nürnberger Rassegesetzen“ galt er als „Mischling ersten Grades“ und war massiven antisemitischen Repressionen ausgesetzt, die seine berufliche und persönliche Existenz zerstörten (Artikel 7 – Gleichheit vor dem Gesetz, Artikel 17 – Recht auf Eigentum und Artikel 23 – Recht auf freie Berufswahl). Eine Heirat mit seiner Verlobten war ihm aufgrund der rassistischen Gesetzgebung untersagt (Artikel 16 – Recht auf Eheschließung und Familie), und 1940 wurde er aus Deutschland ausgebürgert (Artikel 15 – Recht auf Staatsangehörigkeit).

Während der deutschen Besatzung in Jugoslawien wurde Eckstein 1944 verhaftet und ohne Gerichtsverfahren in mehrere Konzentrationslager verschleppt, darunter Dachau, Neuengamme, Ladelund und Kaltenkirchen (Artikel 9 – Schutz vor willkürlicher Haft, Artikel 10 – Anspruch auf faires Gerichtsverfahren und Artikel 11 – Unschuldsvermutung). Dort war er Zwangsarbeit, Gewalt und unmenschlichen Haftbedingungen ausgesetzt (Artikel 4 – Verbot der Sklaverei und Zwangsarbeit sowie Artikel 5 – Verbot der Folter und unmenschlicher Behandlung). Diese Maßnahmen verletzten sein Recht auf Freiheit, Sicherheit, körperliche Unversehrtheit und menschliche Würde (Artikel 3 – Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person).

Zusammengefasst wurde Werner Eckstein sowohl politisch als auch rassistisch verfolgt, seiner Rechte auf Freiheit, Gleichheit, Eigentum, Staatsangehörigkeit und Familienleben beraubt und über Jahre hinweg in seiner Würde und Existenz tief verletzt (Artikel 1 – Freiheit, Gleichheit und Solidarität).

Ecksteins Leben nach 1945 könnte folgendermaßen skizziert werden: Nach seiner Befreiung aus der Konzentrationslagerhaft kehrte Werner Eckstein zu seiner Frau Veronika nach Jugoslawien zurück, wo beide weiterhin in sehr bescheidenen Verhältnissen lebten. Er verdiente seinen Lebensunterhalt zunächst

als Briefmarkenhändler. Das Ehepaar bemühte sich über Jahre hinweg, nach Deutschland zurückzukehren, was schließlich im Jahr 1950 gelang. Sie kamen als Flüchtlinge nach Koblenz und waren in den ersten Jahren auf die Unterstützung von Verwandten aus der Familie von Veronika Eckstein angewiesen. Im Jahr 1951 wurde Werner Eckstein als Opfer des Faschismus anerkannt. Für seine insgesamt acht Monate dauernde Haftzeit erhielt er eine einmalige Entschädigung von 1.200 DM, also 150 DM pro Haftmonat. Darüber hinaus wurde ihm eine Soforthilfe in Höhe von 6.000 DM als Eingliederungshilfe für Rückkehrer gewährt. Beruflich fand er ab 1951 eine Anstellung als Sachbearbeiter im Landesversorgungsamt Rheinland-Pfalz und übernahm 1954 die Funktion des Geschäftsführers der SPD-Fraktion im Mainzer Landtag. Später wurde er in den Landesvorstand der SPD gewählt. Im Januar 1959 zog er nach Weierbach, einem heutigen Stadtteil von Idar-Oberstein, wo er das Amt des Amtsbürgermeisters übernahm. Werner Eckstein starb am 5. September 1961. Seine Ehe blieb kinderlos.

2.3. Die SuS sollten die AEMR von 1948 als unmittelbare Reaktion auf die vielfältigen Menschenrechtsverletzungen während der NS-Zeit beurteilen können. Den Artikel 15 der AEMR können sie u. a. direkt auf die Biographie von Werner Eckstein beziehen. Bereits die Artikel 1 bis 5 lassen sich unmittelbar auf NS-Gewaltverbrechen beziehen. Auf Lösungen der Aufgaben 2.1 und 2.2 kann Bezug genommen werden.

2.4. Hier können die SuS auf Grundlage der bisherigen Arbeitsergebnisse individuelle Lösungen formulieren.

Zu Aufgabenvorschlag 3:

3.1 Die SuS arbeiten die zentralen Informationen für das KZ-Außenlager Kaltenkirchen heraus (Abfahrts- und Ankunftsbahnhof, Anzahl der Inhaftierten, Anzahl der Wachmannschaften, Datum des Deportationstransports).

3.2 Die SuS können die Quelle als besonders wertvoll bewerten, da sie einen behördlichen Vorgang beschreibt, der als Nachweis über die Existenz des KZ-Außenlagers Kaltenkirchen gelten kann. Hinzuzufügen ist, dass das Löschen von Vergangenheit, trotz der mannigfaltigen Versuche durch die Deutschen und die SS, nicht vollumfänglich möglich war. Auch ist

darauf hinzuweisen, dass die NS-Gewaltverbrechen nicht ohne Unterstützung aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft möglich gewesen wären – von behördlicher Zusammenarbeit ganz zu schweigen.

Zu Aufgabenvorschlag 4:

4.1 Nach 1945 setzte sich in Kaltenkirchen zunächst fast niemand für das Gedenken an die Opfer des KZ-Außenlagers ein. Die britischen Entnazifizierungsverfahren führten kaum zu Konsequenzen, viele ehemalige Nationalsozialisten kehrten rasch in ihre alten Positionen zurück. In diesem Klima des Schweigens und der Verdrängung übernahmen vor allem ehemalige Häftlinge wie Richard Tackx die Aufgabe, an ihre ermordeten Leidensgenossen zu erinnern. Tackx hatte bereits während seiner Haft heimlich Zettel mit Namen und Todesdaten bei den Leichen vergraben, um eine spätere Identifizierung zu ermöglichen. Diese Notizen wurden 1951 bei der Exhumierung der Opfer gefunden und halfen, Verbrechen nachzuweisen und die Ermordeten zu würdigen. Unmittelbar nach der Befreiung stellte Tackx gemeinsam mit anderen Überlebenden Holzkreuze an den Massengräbern auf und errichtete ein Schild mit der Aufschrift „Hier ruhen 84 Franzosen, von den Nazis ermordet“. Dieses wurde jedoch kurze Zeit später entfernt – ein Zeichen, dass die deutsche Bevölkerung das Gedenken nicht mittragen wollte. Auch später verhinderten Missverständnisse und Gleichgültigkeit eine angemessene Erinnerung, etwa als der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge 1968 die Gräber fälschlich als Soldatengräber deutete. Erst ab den 1970er Jahren begannen lokale Initiativen wie die „Historische Arbeitsgruppe“ unter Federführung des Kaltenkirchener Lokalhistorikers Gerhard Hoch, die Geschichte des Lagers systematisch aufzuarbeiten.

Das Schreiben der Polizei (M6) kann beispielhaft als Hindernis auf dem Weg zu öffentlichem und auf allen institutionellen Ebenen getragenen Gedenken angesehen werden. Ob die örtliche Polizeidienststelle wirklich nichts von einem KZ-Außenlager gewusst hat, muss sehr kritisch hinterfragt werden. Bezüge zum gegenseitigen Schützen von NS-Tätern nach 1945 in Schleswig-Holstein („Rattenlinie Nord“, Heyde-Sawade-Affäre) können formuliert werden.

Der Zeitungsartikel der Kieler Nachrichten (M7) verdeutlicht diese Beobachtung: Während ehemalige Inhaftierte, Jugendgruppen und der Landesverband des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge das Gedenken und Erinnern geprägt haben, gab es auch „Heil Hitler“-Rufe von Neonazis.

Es waren vor allem die Verfolgten des NS-Regimes, die für Erinnerung und Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus gesorgt haben.

4.2 Insgesamt war Richard Tackx eine zentrale Figur des Erinnerns: Sein mutiges und beharrliches Handeln während und nach der Haft stand im deutlichen Gegensatz zur verbreiteten Gleichgültigkeit und machte ihn zu einem frühen Mahner gegen das Vergessen.

4.3 Im Gegensatz zu den anderen westdeutschen Bundesländern kann man in Schleswig-Holstein von einer „nachholenden“ Erinnerungskultur sprechen. Vor diesem Hintergrund und über die Beschäftigung mit den Aufgaben 4.1 und 4.2 sollten die Lernenden die Frage erklären, warum es in Kaltenkirchen erst relativ spät zu der Einrichtung einer KZ-Gedenkstätte kam und warum diese lange rein ehrenamtlich aufgebaut und geleitet wurde. Und warum sie – wie andere Gedenkstätten und NS-Erinnerungsorte im Land – erst seit den letzten fünf Jahren durch das Land und von kommunaler Seite eine nennenswerte finanzielle Unterstützung erfährt.

Zu Aufgabenvorschlag 5:

5.1. Bernhard Waldmann wird von Johannes Wehres im Kontrast zum ersten Lagerkommandanten Otto Freyer als besonders brutal, sadistisch und hetzerisch beschrieben. Auch beschreibt Johannes Wehres die Entscheidungen Waldmanns, die eine Erhöhung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Kürzung der Lebensmittelrationen bedeuteten. Der Berufungsausschuss der Stadt Lünen charakterisiert die gleiche Person als „treues Mitglied der Kirche“. Auch geben Zeugnisse von drei Kirchenmitgliedern und -funktionären ein „einwandfreies Bild von der Haltung“ Waldmanns wieder. Zudem treffe Waldmann keine „politisch Schuld“. Der Darstellungstext benennt, dass Waldmann nicht nur über seine SS-Mitgliedschaft und -Tätigkeit log, sondern auch erfolgreich Berufung gegen die Suspendierung aus dem Schuldienst einlegen konnte. Somit

hatte er keinerlei dienstrechtliche oder juristische Konsequenzen aus seiner Täterschaft zu tragen.

5.2. Die Biographie zu Werner Eckstein verdeutlicht, dass die Rückkehr in die deutsche Heimat oftmals nicht einfach war. Nachdem die berufliche Existenzgrundlage entzogen wurde, sahen sich viele Verfolgte des NS-Regimes finanziellen Schwierigkeiten ausgesetzt. Finanzielle Entschädigungen setzten einen Nachweis, zum Beispiel über die KZ-Haft, voraus – was aufgrund der Vernichtung etlicher Dokumente im Vorfeld nicht einfach war. Die Behörden der jungen Bundesrepublik, bei denen Entschädigungen beantragt werden mussten, wurden oftmals von Menschen verwaltet, die auch vor 1945 in diesen tätig waren. Dies geschah vor dem Hintergrund des gegenseitigen Schützens von NS-Tätern („Persilschein“) und NS-Elitenkontinuitäten („Rattenlinie Nord“) sowie der staatlichen Vergangenheitspolitik nach 1945. Finanzielle Entschädigungen für KZ-Haft waren – der Fall Eckstein macht das deutlich – nicht ansatzweise so ausgestattet, wie z. B. die „Verluste“ für deutsche „Rückkehrer“. Die Kurzbiographie von Johannes Wehres macht zudem beispielhaft deutlich, dass viele Überlebende neben dem Kampf um Entschädigung auch mit den gesundheitlichen Folgen der Haft (Folgen der Folter, Tuberkulose) zu kämpfen hatten.

5.3. Während Täter oftmals juristisch ungestraft und ohne gesundheitliche oder finanzielle Schwierigkeiten weiterleben konnten, mussten NS-Verfolgte oftmals langwierig um Entschädigung und Anerkennung der eigenen Leidensgeschichte kämpfen. Dieser Aspekt muss berücksichtigt werden, wenn die Aufarbeitungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland erzählt wird.

Zu Aufgabenvorschlag 6:

Hinweis: Dieser Aufgabenvorschlag kann als vertiefender Einstieg für Aufgabenvorschlag 7 verstanden werden.

Harald Schmid kritisiert, dass der Gedenktag eingeführt wurde, ohne dass es zuvor eine breite öffentliche Diskussion gegeben habe. Die Entscheidung sei somit „von oben“ gefallen. Kritiker hätten zudem bemängelt, dass der 27. Januar 1945 – der Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz – für Deutschland ein problematisches Datum sei. Die Wahl dieses Tages

betone eher die Rolle der sowjetischen Befreier als die deutsche Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen. Damit sei der Gedenktag eine geschichtspolitische „Mesalliance“, also eine unpassende und mutlose Entscheidung, die im Verdacht stehe, den Holocaust zu verharmlosen oder zu „normalisieren“. (Vgl. M10, Z. 1–10)

Ein weiterer Widerspruch zeigt sich laut Schmid in der Form des Gedenkens. Der Tag sei stark von staatlichen Ritualen geprägt – insbesondere vom jährlichen Staatsakt im Bundestag –, wodurch das Gedenken schnell formelhaft und routiniert geworden sei. Zwar habe sich in den letzten Jahren eine breitere, vielfältige Erinnerungskultur entwickelt, die auch Vereine, Schulen, Kirchen und Sportinitiativen einbeziehe, dennoch bleibe diese Form des Erinnerns meist staatsnah und ritualisiert. (Vgl. M10, Z. 11–28)

Zudem weist Schmid darauf hin, dass der Gedenktag rechtlich und gesellschaftlich nicht ausreichend geschützt sei, da er kein arbeitsfreier Feiertag ist. Dadurch fehle oft der notwendige Respekt vor der historischen Bedeutung des Datums. So komme es immer wieder zu Kollisionen mit anderen Ereignissen, etwa mit Karnevalsfeiern oder sogar Landtagswahlen am selben Tag. Diese zeitliche Nähe zum Fasching führe zu einer Verharmlosung und Relativierung des Gedenkens, was 2008 in München besonders deutlich wurde, als ein Karnevalsumzug auf den 27. Januar fiel. Auch in den Medien werde der Gedenktag häufig durch Unterhaltungssendungen verdrängt. (Vgl. M10, Z. 29–41)

Insgesamt sieht Schmid also mehrere Widersprüche: Der Gedenktag wurde ohne gesellschaftliche Diskussion eingeführt, er ist stark ritualisiert und formalisiert, und er besitzt keinen rechtlichen Schutz, was zu respektlosen Überschneidungen mit fröhlichen Veranstaltungen führt. So entsteht ein Spannungsverhältnis zwischen dem Anspruch, ernsthaft zu erinnern, und der tatsächlichen gesellschaftlichen Praxis des Gedenkens.

Zu Aufgabenvorschlag 7:

Die Ergebnisse können ganz individuell aussehen, hier sind einige denkbare Impulse aus den Materialien und darüberhinausgehend:

- Der Gedenktag soll Verantwortung und Bewusstsein für Demokratie, Toleranz und Menschenrechte fördern.
- Gedenken wirkt oft ritualisiert – Staatsakt im Bundestag als jährliches Pflichtprogramm
- Gefahr einer Verflachung des Gedenkens (Routine statt echter Auseinandersetzung)
- Betonung von Hoffnung und Verantwortung: „Damit es nie wieder geschieht.“
- Erinnerung = Auftrag, aktiv gegen Antisemitismus und Rassismus einzutreten
- „Nie wieder“ kein Wunsch, sondern eine Verpflichtung
- Zahlreiche regionale Gedenkstätten (z. B. Ahrensböök, Husum-Schwesing, Kiel-Russee, Ladelund) machen das Gedenken konkret und lokal erfahrbar – zeigen, dass NS-Verbrechen überall stattfanden.
- Wichtig, dass der Tag nicht zu einem bloßen Ritual verkommt, sondern zur aktiven Auseinandersetzung anregt – ggf. auch zur familienbiographischen.

Ausgewählte weiterführende Literatur:

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Aus Politik und Zeitgeschichte – Auschwitz, 1 – 5/2025, Bonn 2025.

Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten (Hg.): Gedenkstätten und Erinnerungsorte zur Geschichte des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Wegweiser und Bildungsangebote, Husum 2020.

Danker, Uwe; Schwabe, Astrid: Die Volksgemeinschaft in der Region. Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus, Husum 2022.

Hoch, Gerhard: Zwölf wiedergefundene Jahre. Kaltenkirchen unterm Hakenkreuz, Bad Bramstedt, Nachdruck: Norderstedt 2006.

KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen (Hg.): Zum Beispiel Kaltenkirchen: Geschichte und Nachgeschichte eines KZ-Außenlagers. Katalog zur gleichnamigen Dauerausstellung, Berlin 2024.

KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen (Hg.): Erinnerung ins Land tragen! Einblicke in Theorie und Praxis. Projekt zur Aus- und Fortbildung von Multiplikator:innen an NS-Gedenkstätten, Kaltenkirchen 2022.

Schmid, Harald: Erinnerungskulturen in Europa. Der 27. Januar als „Holocaust-Gedenktag“, in: geschichte für heute 8 (2015) 4, S. 6 – 20

Siegert, Susanne: Gedenken neu denken. Wie sich unser Erinnern an den Holocaust verändern muss, München 2025.

Trägerverein KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch e. V. (Hg.): Vom HJ-Führer zum NS-Forscher. Gerhard Hoch: Leben und Werk, Rezeption und Wirkung. Das Kaltenkirchener Symposium, Kaltenkirchen/Kiel 2018.

<https://gedenkstaetten-sh.de/gedenkstaetten>

<https://kz-gedenkstaette-kaltenkirchen.de/>

Instagram: @kz_gedenkstaette_kaltenkirchen

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Der Landesbeauftragte für politische Bildung
Schleswig-Holstein
Karolinenweg 1
24105 Kiel

Telefon 0431 988-1646
lpb@landtag.ltsh.de
www.politische-bildung.sh

AUTOR

Thomas Tschirner, Mitglied der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Gedenkstättenpädagogin an der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen und Lehrkraft

GESTALTUNG

amatik Designagentur, Kiel

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Landesbeauftragten für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

©2025 Landesbeauftragter für politische Bildung und Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte